Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

erscheint wöchentlich NR. 276 7.April 1979 1.50 DM incl.6% Mwst. D 1870 CX





MOT MUTT ?

FRANKFURT
4. MÄRZ

Bei der Wiedergabe des neuen und alten wendländischen Schlachtrufes „Wat mutt, dat mutt" ist mir doch glatt ein peinlicher Fehler unterlaufen. Noch dazu habe ich sogar den verehrten Kollegen TAZ-Korrespondenten zur gleichen Unart angestiftet. Der Fehler sei hiermit korrigiert: mot heißt auf wendländisch mutt. Und damit bin ich beim Problem. Da Platt nicht gleich Platt ist, habe ich kurzerhand das mir fremde Wendland-Platt in das mir bekanntere Innerstetal-Platt übersetzt. Da ich auch dieses jedoch nur vom Hören und nicht vom Sagen kenne, kann ich auch dafür nicht beschwören, daß mot richtig geschrieben ist. Gesprochen wird es so. Aber das will nicht viel heißen. Selbst die Wendländer sprechen ihr mutt mit einem breiten o. Vielleicht führt dieses Phänomen, daß nämlich ein klares u wie ein offenes o gesprochen wird, bereits zur Herausbildung der längst überfälligen wendländischen Hochsprache Für die Zwischenzeit begnüge ich mich mit einer ebenfalls altüberlieferten wendländischen Weisheit: der Treck heiligt die Mittel.

Karl Sandra

KREISHAUS IN LÜCHOW BESETZT !

LÜCHOW
5. April '79

Ein ID-Mitarbeiter berichtet:

Heute (Donnerstag) um elf Uhr wurde das Kreishaus des Kreises Lüchow-Dannenberg von Bürgern des Landkreises besetzt.
Sie protestieren gegen die Bohrungen, die gestern wieder begonnen haben. Die Besetzer fordern eine öffentliche Sondersitzung des Kreistages, und zwar innerhalb einer Woche. Als Oberkreisdirektor Poggendorf sie vertrösten wollte, blieben sie im Kreishaus und erklärten: „Zwingen Sie uns nicht, andere Mittel anzuwenden!"

Inzwischen wurde für morgen eine endgültige Entscheidung über die Sondersitzung angekündigt. Daraufhin zogen die Besetzer ab, kündigten aber an, daß sie morgen wiederkommen würden, um ihrer Forderung Nachdruck zu geben.

WEITERER ANTI-ATOM-DORF–PROZESS

HAMELN
27.März

„Ich heiße Gerd Kovacs und mir wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, daß ich am 21.3.77 um 3.00 Uhr nachts einen LKW (zusammen mit anderen) am AKW Grohnde auf der B 83 gestoppt und abgeladen hätte.
Mein erster Prozeßtermin ist verschoben worden, tut mir leid, wenn ihr gekommen seid und ich nicht da war.

Einschätzen könnt ihr ja selber, was so los ist, da brauche ich euch nicht viel erzählen. Was mich freuen würde, wenn viele Leute am **30.4.1979 um 9.00 Uhr in Hameln** vor oder im Amtsgericht sind. Es ist nicht gerade angenehm, allein vor solchen Masken zu sitzen und sich auf ein Spiel einzulassen, das man gar nicht will.
Gerd"

LETZTE AUSZÄHLUNG: 141.297 am 31. März in HANNOVER

BUMBARATSCHIDARA – KEINE WAA

(alt/neuwendländisches Tanzlied)

WENDLAND 3. APRIL '79 *Der folgende Text ist von ID-Trecker Karl:*

Der Wendland-Treck ist vorbei. Hannover hat die größte Demonstration der Nachkriegsgeschichte gesehen, 140 000 Menschen gegen die Atompolitik, das wenigstens erzählte sich die Polizei über Funk; gemeldet wurden von ihr 100 000 weniger. Im NDR gab es einen Kommentar, der den Treck und sein Ende in Hannover zusammen mit der Studentenbewegung zu den wichtigsten Entwicklungsdaten der bundesrepublikanischen Demokratie zählte.
Ich bleibe noch etwas beim Treck. Einschätzungen über ihn zu geben, ist nicht mein Bier. Wenn es nach mir ginge, sollte er durch Sagen, Märchen und Legenden, durch Erzählungen und Lieder weiterverbreitet werden. – Die Medien haben sich weit mehr auf den Wissenschaftler-Schnickschnack in Hannover eingelassen als auf den Treck. Ihr Raster funktioniert noch: der Kopf ist immer oben, die Füße unten, und die Medien sind schlecht auf den Beinen.
Ich habe erst am Donnerstagabend erfahren, daß außerhalb des Trecks die Welt dieselbe geblieben war. Wir gingen, verfroren und pitschnaß, wie jeden Tag (aber zum ersten Mal Mossmann's "Lebensvogel" gehört) zum Essen in eine Kneipe. Froh, endlich im Trockenen und Warmen zu sein, wollten wir uns irgendwohin setzen. Das ging nicht. Wir bekamen Plätze angewiesen. Den nassen Mantel runter, egal wohin. „Wir haben extra eine Garderobe gebaut." Und bevor ich mich setzte, mußte ich dann auch noch meine Mütze abnehmen. Nein, die Leute da, die sich vor Sssteifheit beinahe ins Hemd machten, die waren unberührt. Noch nicht einmal gegen uns.

Es gab sie also noch, die andere Welt, und ich hatte geglaubt, wir hätten die Erde andersrum laufen lassen.
Eigentlich wollte ich über die letzten eineinhalb Tage schreiben, unser letztes Stück nach Hannover. Es gibt viel mehr noch zu den Tagen vorher, aber ich habe keine Ruhe dazu. In einer Stunde will ich wieder in die Freie Republik, und da muß ich mich entscheiden, was ich noch eben schaffen kann.
Also nichts von den Blumen im KZ Bergen-Belsen, nichts von dem ZDF-Team, das die Abordnung begleitete und von dem plötzlich der Ruf über das KZ-Gelände hallte: „Mensch, fahr doch mal vor, nimm sie nicht immer vom Arsch!", nichts von dem toten Tag am Dienstag, als der Trupp am kleinsten war, von den Leuten, die uns unterwegs bewirteten, uns Zimmer gaben und enttäuscht waren, wenn wir wegen Treck-Veranstaltungen nicht so viel Zeit mit ihnen verbrachten, von der Familienatmosphäre in diesen Quartieren und den neuen Kaufhof-Möbeln, wovor wir zu Hause weggelaufen sind, und was jetzt hier keine Rolle spielte, nichts von der Grenze zwischen der Freien Republik Wendland und der BRD, die nicht durch einen Schlagbaum, sondern durch das Verhalten der Leute fühlbar wurde, nichts von dem Treck-Plenum in Hermannsburg, in dem der KBW zum letzten Mal aufgefordert wurde, seine Scheiße zu lassen, nichts von den Leuten unterwegs, die sechs Tagelang nicht trocken wurden, bei starkem Wind und höchstens 5 Grad über die Landstraße pegelten und es während dieser Zeit nicht einmal dazu kommen ließen, daß nicht irgendwo im Zug gesungen, gepfiffen, gelacht, posaunt, geklimpert, erzählt wurde.
Es gab nicht einen Moment während sechs Tagen, in dem der Treck dumpf vor sich hingetrottet wäre.

Freitagabend in Hannover; ich habe eine alte Freundin getroffen, die mir und Walter ein Zimmer gab. Da hocke ich also im Zimmer, nur der Walter da, schön zwar, aber die andern – weiß der Geier wo. Ich krieg ein ganz mulmiges Gefühl, alle, die seit sechs Tagen dabei sind, zerstreut, einfach so, niemand mehr da. Das geht auf Deuwel-komm-raus nicht. Also laß ich die Sachen da, nehme Fotoapparat, Tonband und Schlafsack und ab nach Burgdorf.
In Burgdorf sollen in der Nacht die Trecker ankommen. Der Schützenplatz in Burgdorf ist so, wie es die ganzen Tage war, naß und kalt. Ein paar Leute stehen um ein Holzkohlenfeuer, über dem ein Glühwein-Topf hängt, der große Platz fast leer, leer auch der lange Tisch vor dem Feuer. Jetzt gehts mir wieder gut.

Gegen zwölf kommt ein Auto, der Fahrer erzählt, daß der Trekker-Konvoi erst in Celle ist und noch mehr als eine Stunde brauchen wird. Zehn Minuten später biegen zwei Trecker auf den Platz ein. – Sie kommen aus der anderen Richtung. Dann aber kommen die Lüchow-Dannenberger wirklich. Ungefähr hundertfünfzig Leute bilden das Empfangskomitee, singen, klatschen, johlen. Halb verlegen und halb in Pose winken die Fahrer zurück. Etwa hundertzehn Trecker sollen es in diesem Konvoi gewesen sein, ein paar kommen nachts noch nach.
Der lange Tisch am Feuer steht plötzlich voller Bierkästen. Obwohl das Wetter nicht besser geworden ist und das Feuer auch nur bis Kniehöhe wärmt, stehen alle gemütlich in der Gegend rum und klönen wie auf einem Mittsommergartenfest. Der Quartierverteiler hat alle Mühe, die gerade vom Trecker Gestiegenen schon wieder zu Aktionen zu treiben. Gegen halb drei dann entscheiden sich auch die Letzten schlafen zu gehen, mehr oder minder leise: „Weißtdu denn, wo Gartow liegt, Gartow liegt im Grunde..."

Sonnabendmorgen, es regnet Bindfäden. Schon in den Tagen vorher ging es im Treck herum: „Mensch, hoffentlich ist Sonnabend schönes Wetter, dann kommen bestimmt ne ganze Menge nach Hannover." Der Regen war der erste Dämpfer. Und trotzdem war alles kribbeliger als sonst. Sowas wie Endspurt, nein, eher Drauf-und-Dran. Na gut, ich weiß auch nicht wie, jedenfalls war da das Gefühl, auf gehts, jetzt gilts.
Am Schützenplatz noch Hektik und Ärger um die richtige Reihenfolge. Dann gehts los, zwanzig Kilometer, auf offenem Anhänger, voll Karacho, Regen, nasse Strohballen zum Sitzen, also nasser Arsch, nasse Füße, nasser Mantel, nasse Kamera, trotz vier langer Jacken und Mäntel kalt – und ein Gefühl zum Jubeln.
Elke hinter mir auf dem Trecker tuts.



Hinten auf ihren Anhängern stehen sie, singen „Bumbaratschidara", johlen bei jedem Anfahren des Treckers. Auf unserem Anhänger sind wir nur zu dritt, Achim, der Gastwirt aus Dannenberg, und Klaus. Die Rumpulle ist halb leer, als wir sie zum nächsten Wagen geben. Achim und Klaus kämpfen mit ihrem riesigen Spruchband. Der Fahrtwind fängt sich drin und kippt sie aus den Latschen, „Niemals nie, wollen wir sie, die Atommülldeponie".
Schon am Montag in Uelzen hatte Martin den Spruch vorgegeben: „Albrecht, wir kommen, wenn's sein muß auch geschwommen!" Erst heute übernehmen wir ihn, jetzt paßt er zu unsrer Stimmung.
Die Mannschaftswagen der Polizei, die sich bei einem Dorf im Hintergrund herumdrücken, werden einfach ignoriert. Jedes Dorf, durch das wir kommen, wird zusammengebrüllt. Purer Übermut, aber diesmal ging er gut. Noch bevor wir nach Hannover kamen, waren wir heiser wie die Raben.
Unterwegs überholten uns in Doppelreihen Autos, in denen Leute saßen, die so aussahen, als hätten sie alle das gleiche Ziel. Bei der Einfahrt in die Stadt sprangen Leute auf. Wir bekamen erzählt, daß aus Berlin 15 000 Leute und aus Hamburg über 10 000 erwartet würden. Und dann waren wir mittendrin. Ich habe ganz still meine Kameras zugemacht, mein Tonband verpackt, meinen Mantel zugezogen, und bin weggeschwommen. Sechs Tage — und jetzt das, das wars.
Danach erinnere ich mich noch an die Angst, alle mir inzwischen lieben Leute im Gewühl zu verlieren, an Heinrich, der Tränen in den Augen hat als er vom Podium kommt, und an die fluchenden Bauern nach dem Albrecht-Besuch. (Ich hätte es besser gefunden, wenn das Gespräch mit Albrecht und auch der Abzug der Bauern dahin auf dem Klagesmarkt öffentlich angekündigt worden wäre. So wie es gelaufen ist, gibt die gute Chance, sich verklappst zu fühlen.)
Ich war am Abend mit dreien nach Burgdorf rausgefahren. Allgemeine Meinung: Der Albrecht, der kann doch jetzt nicht mehr, der muß doch irgendwie vernünftig werden. Und jetzt erzählen sie, wie's drin war. „Albrecht hat gestrahlt, und von seinem Strahlen ist uns bange geworden". Aber nicht lange, dann bekam er Sachen zu hören, die ihm das Strahlen vertrieben. Und als sie ihm ankündigten, daß jetzt alles an Widerstand Mögliche mobilisiert werde, trat er ab.
„Vor einem Jahr hat er uns gesagt, gegen die Bauern, gegen die Bevölkerung geht nichts; heute gibt er nun mehr oder minder zu verstehen, das Ding wird gebaut." „Dem sitzt doch die Industrie im Nacken!"

Für die Bauern ist jetzt Schluß mit dem Diskutieren. An seine Vernunft glaubt keiner mehr. Sie sind stinksauer. Der Bundschuh war schon auf dem Treck dabei. Jetzt, zurück im Wendland, wird er erst richtig ausgegraben.

ALBRECHT WIR KOMMEN !

Eine Nachlese aus den Parolen, Refrains, Sprüchen, Liedern, Wünschen, Hoffnungen und Drohungen des Anti-Atom-Festes in Hannover

„Müll und Schutt abladen verboten!", so lautet ein Hinweis, zu lesen unter anderem in der Gemeinde Gorleben. Diesem Verbot zum Trotze sollen dort eine Wiederaufbereitungsanlage von Kernbrennstäben und ein Endlager für atomaren Müll errichtet werden. Deshalb ist es nur verständlich, wenn „im Märzen ihr Bauern den Albrecht klagt an. Er klaut Eure Felder und Wiesen nach Plan. Er bohrt in den Boden, er spitzelt und späht, im Jahre 2000 Atomstaat uns blüht." Und diese „teuflische Gefährdung unserer Welt, noch dazu mit unserm Geld" geht uns alle an. „Wer Mut hat, leistet Widerstand." Die Bauern der „Freien Republik Wendland" haben es erkannt: „die DWK zerstört das Land". Ihr Gehilfe ist Albrecht. „Wenn Albrecht baut, wird's Land versaut." Das Land soll deswegen wohlfeil gekauft werden, und das Ergebnis wäre: „der Vater wird reich, der Sohn wird arm, der Enkel stirbt früh". Bei solcherart Perspektiven kann die Forderung nur lauten: „Bauernland in Bauernhand!" Wer wollte bezweifeln, daß „Landwirtschaft allen nützt". Eine alte Bauernweisheit bestätigt uns dies: „Geht's den Bauern an den Kragen, geht's den Leuten an den Magen". Mittlerweile wissen sie, „die Atomlobby hat einen Plan, der uns gar nicht gefällt. Der Atomlobby ist das egal, die interessiert nur das Geld. Uns aber interessieren Wiesen, Wald und Feld"; außerdem „wollen wir keine Atomgefahren, gesundes Vieh wollen wir haben". Und überhaupt: „Uns allen droht der Strahlentod". Und da hört jeder Spaß auf: „Wer WAA sät, wird Widerstand ernten". Deshalb: „Wat mutt, dat mutt!" Die Bauern organisieren einen Treck. Wohin dieser führte, wo er seinen eindrucksvollen Höhepunkt haben sollte, erfuhr auch der letzte Unwissende: „Sitz nicht länger auf dem Sofa, fahr mit uns nach Hannover!", mit dem Erfolg: „Albrecht unterm Sofa, 100 000 in Hannover".

Wir kamen aus allen Gegenden, aus allen Bevölkerungsschichten: „Weder Gorleben, noch Wyhl — unterschätzt unsern Widerstand nicht" (die Badisch-Elsässischen), „Alsace solidarite — non au nucleaire, le progres est ailleurs", die „Schwälmer Rotkäppchen lassen sich nicht vom Atommüll fressen" und „auch die Oberfranken wollen nicht an Krebs erkranken". Die Atom-Stopper aus Marburg singen: „Wehrt Euch, leistet Widerstand, gegen das Atomkraftwerk im Land". Und „Auch Christen sind gegen den Atomstaat". Die Pastoren erläutern uns die Position der protestantischen Kirche: „Die Bischöfe sagen Jain, wir sagen NEIN!", und nicht zuletzt: „Der Lehrer Hämpel spricht, Atomanlagen wolln wir nicht". Sieh da, selbst die Genossen von der DKP leisten ihren Beitrag. Auf Plakaten fordern sie: „Keine Atommülldeponie, keine Wiederaufbereitungsanlage, weg mit dem Atomenergieprogramm!" Was die Elsässer erkannt haben, bleibt ihnen scheinbar verborgen: nämlich daß „die Atomkraft überall Krankheit und Tod schafft". Die Forderung jedenfalls: „Keine WAA in Gorleben, kein AKW in Magdeburg" war nicht auf ihrem Plakat zu lesen.

Welch ein Empfang für uns alle in Hannover! Die Solidarität der Bevölkerung war praktisch und vielfältig: freudiges Erstaunen, als uns das erstemal Tee gereicht wird, als uns beschrieben wird, wo wir ein Klo fänden, als uns Kekse und Schokolade aus den Fenstern zugeworfen werden, Rum gereicht wird. Wer stimmte im Vorbeilaufen nicht jauchzend in die harten Klänge des „Keine Macht ... für Niemand" ein, die Genossen und prompt: „Achaus entgegendröhnen ließen? Die Antwort kam prompt: „Achtung, Achtung, hier spricht der Kordon: Wir grüßen die Genossen vom Balkon". Die Ökologiefreaks hatten einen nützlicheren Rat zur Hand: „Leute macht die Fenster zu, sonst geht die Wärme raus im Nu!" Die Aufforderung eines sexbewußten Kämpfers „Kau mir mein' Brennstab" richtete sich ohne Zweifel an die Adresse jener, die in der einen oder andern Form von der Existenz und der Vervielfachung von Brennstäben abhängig sind. Erstmalig wurde uns ein gewisser Zusammenhang von Sex und Atomkraft ins Bewußtsein gerufen.
Diese 'Brennstabdrogenabhängigen' wurden enttarnt und angeprangert. Es war unschwer zu erkennen, daß Albrecht der bestgehaßte unter ihnen war. Und so war es beeindruckend, zu erleben, in welcher Vielfalt Vorschläge für eine bessere Verwendung Albrechts kamen: „Ernst, willst Du nicht wieder Kekse backen, mußt Du die WAA einpacken", oder „Eene meene meck, schmeißt die Kiste weg". Sehr verständlich, wenn auch ein wenig unrealistisch, war der Vorschlag: „Albrecht auf den Mond, damit sich Raumfahrt lohnt". Auch um andere dieser 'scene' machte man sich Gedanken: „Albrecht von der Leine, an die Leine, in die Leine, aber nicht alleine", na und? ... „Schmidt muß mit!" Und es geht noch weiter: „Albrecht, Schmidt und Stoltenberg, ab in das Atomkraftwerk. Und die Ordnungshüter



in die Schnellen Brüter". Es waren wiederum die Bauern, die aus ihrer Erfahrung heraus unsern Optimismus stärkten: „Die Schweine von heute sind die Schinken von morgen". Wenn ihnen allen zugerufen wurde: „Macht Euch vom Acker, ihr Strahlenkacker", so war die DWK („die will keiner") gleichfalls angesprochen: „Laß Dich nicht verscheißern, die wolln sich nur bereichern. Sind die Menschen erst vertrieben, Atomruinen sind geblieben".

Sie alle wollen, daß uns die Angst krallt bei dem Gedanken an eine Zukunft ohne Licht. „Beim Ausbau der Atomenergie werden 1985 die Lichter nicht ausgehen", wird uns versprochen, unterschlagen wird dabei, daß es dann auch „keinen mehr geben wird, der sie ausmachen könnte". Weckt die Angstmacherei nicht unheimliche Assoziationen? „1939 — ein Volk ohne Raum, 1985 — ein Volk ohne Energie". Sollen wir also „aus einer blutigen Vergangenheit in eine strahlende Zukunft" getrieben werden? „Gorleben ist Holocaust", mahnten die einen, „Atomkraft? — es geht auch anders", verhießen uns die andern und forderten: „Überlaßt das Strahlen der Sonne", und deshalb: „Mit Sonnenenergie und ohne Atomenergie ins Jahr 2000". Unbeeindruckt von all dem bleibt „Kain-Friedrich von Weizsäcker". „Du hast Dich mitschuldig erklärt an der Vernichtung der Juden. Willst Du jetzt mitschuldig werden an der Vernichtung unsres Lebensraumes? " Es geht jedoch nicht nur um den Lebensraum. „Atomkraft zerstört das Leben, Neues wird es nie wieder geben", denn „Plutonium verjährt nicht".

Wo es um die Zukunft geht, melden sich nicht zuletzt die Väter und Mütter, und solche, die es werden wollen, zu Wort: „1979 — Jahr des Kindes. Ihre Zukunft im Atomstaat!", aber wir wollen „keinen Atomstaat für unsere Kinder". Das leuchtet auch Frau Schulze ein, die gerade interessiert vorbeigeht. So richtig konkret in ihrer Bedeutung wird ihr diese Aussage jedoch erst, als sie mit Entsetzen in einem Fenster die Warnung entdeckt: „Auch Silvias Baby in Gefahr!". Und wie konkret die Gefahr geworden ist, beweist „Harrisburg — letzte Warnung!" Da verweigern dann selbst die Gewerkschafter dem Totengräber die Gefolgschaft, der da verheißt: „Atomenergie schafft Arbeitsplätze".

Unser Kampf ist erst am Anfang. Die Aufforderung „Nehmt der Atomindustrie den Wind aus den Segeln" wird von uns unterschiedlich in die Praxis umgesetzt werden. Aber wir müssen wissen: „Gemeinsam sind wir unerträglich". „Wer die WAA haßt, wird vom Verfassungsschutz erfaßt", und „Weil wir für das Leben kämpfen, solln wir Kriminelle sein". Ja, und wenn das unsere Alternativen sind, dann „lieber kriminell als radioaktiv!" Dann werden wir hoffentlich eines Tages einen Grabstein errichten können mit der Inschrift: „Ohne Trauer. Hier ruht auf immer die Atomlobby. Sie wollten Gewinn — jetzt sind sie hin". Auf jeden Fall wird wahr: „Albrecht und die DWK, das wird enden wie der Schah".

Diese Geschichte hat der Johann aus Berlin geschrieben. Für alle, die sie weiterschreiben wollen, noch Rohmaterial von der Demonstration:

Plutonium, Plutonium, das haut selbst die stärkste OMI um! - Schießt den ALBRECHT auf den MOND; eine Reise die sich LOHNT - Albrecht wir kommen, wenn's sein muß auch GESCHWOMMEN - Wir wollen keineswegs verseuchte Leipnitz-Keks - Albrecht bleib bei deinen Keksen - Auch der ELBHOLZKRANICH will die WAA nich - Kekse für alle, PLUTONIUM für niemand - Folta für Travolta - Nasebohren ja, Probebohren nein - Wir wollen gute Fleischqualität und keine Radioaktivität - ALBRECHT, wenn dir 50 000 Demonstranten nicht reichen, müssen wir zur **WAFFE** greifen - Es grünet die Tanne, es schlage das Herz, im Widerstand sind wir HART wie Erz - Wir werden nicht weichen wie unsere Eichen - Die Praktiken der DWKa, da staunt selbst die MAFIA - KWU und DWK werden enden wie

der SCHAH - ALBRECHT uns reicht dein STRAHLEN vor den Wahlen - Wenn man BULLEN melken könnte, dann könnte man die KÜHE abschaffen - Wenn das kein Atomstaat ist: auf 30 Bürger ein Polizist - Wir wollen nicht glücklich geGRILLt werden (CDU-Abgeordneter von Lüchow heißt Grill) - Albrecht Atomknecht, der hat ein Hobby, DIE Atomkraftlobby; das Kind im Bauch SPÜRT es auch; kommt es zur WELT ist es entstellt (aus einem Lied) - Ne, ne, ne gen AKWeh in Magdebuorg, no, no, NO und och nisch anderswo - Ansage: Liebe DEMONSTRANTEN, hier ist die MITTE des Demonstrationszuges. Vor uns sind schon zwei STUNDEN und hinter uns noch DREI - Kein Hamburger, kein Harrisburger - ALBRECHT rein, Bohrloch ZU - Power to the BAUER - Wir machen durch bis morgen früh und singen: ALBRECHT MUSS WEG - Gegen REGEN gegen Schnee, gegen AKW und KBW (DKP,SPD,DWK...) - Für die SOFORTIGE bedingungslose ENDLAGERUNG von Albrecht in **HARRISBURG** - Ein AKW in PANKOW, nein danko(w) - Wir sind uns EINIG in unserer Meinung, die WAA, WAA wird nicht gebaut. Wir werden kämpfen, wir werden siegen, die WAA wird nicht gebaut - Ich und DU, Müllers KUH, ALLE gegen KWU - Die Forderung von allen, der Hubschrauber muß fallen - Lieber BAUERN und TRECKER als ALBRECHT und DREGGER - Albrecht, du doofer, jetzt sind WIR in Hannover - One for the **MONEY**, two for the SHOW, wooah, Albrecht go, go, GO - Wir wollen hier KEIN AKW, wir müssen alle aufs WC - Alle wollen nur dasselbe: SCHMEIßT Albrecht in die **ELBE** - Wir wollen nie ein AKW, wir wollen Frühstück, mit KAFFEE Achtung! Achtung! Hier sprechen die Demonstranten! Liebe Mitbürger! KWU — BUH,BUH,BUH!! - Laßt den Kuchen, laßt die Sahne (1.) reiht euch an die BLAUE Fahne (2.) **lest ID nicht Rote Fahne** - Vom September bis August, ham WIR für Arbeit KEINE lust! - Onanie mit Phantasie, weg mit Liu Tschao Tschi - Haschisch, Koks und MESCALIN, für ein freies OST-BERLIN - Wir WOLLEN kein AKW, lest lieber den ID - GORLEBEN will LEBEN, WIR AUCH - Wir drehen Albrecht durch den WOLF und spielen mit den KNÖDELN Golf - Albrecht laß die TRICKS, Schnee und REGEN nützt dir nix - (Gewaltloser) Wir haben Phantasie, wir werfen **NICHT** mit Steinen! (Frankfurter Block) Wir haben Phantasie, wir wrefen **AUCH** mit Steinen - Janis ist tot, Jini ist tot, Jin ist tot und mir ist auch schon ganz SCHLECHT - Kein AKW in St. Tropez - Der gestirnte Himmel über mir und meine neun PUSCHEN mit den gewagten APPLIKATIONEN - Schafft das **VOLK** ab, der KBW soll allein entscheiden - Für die STILLEGUNG alles AKWs, hüben und DRÜBEN



„WIR SIND DER SAND IN DER MASCHINE DER GROSSEN"

(Rede von Robert Jungk in Hannover, Eilenriede-Halle, am 31. März 1979)

Liebe Freunde,
ich möchte zunächst einmal ein Grußwort der Österreicher zu Ihnen sprechen, obwohl ich mit Berliner Akzent spreche, bin ich ja Österreicher. Wir haben in Österreich in einer Volksabstimmung mit der Mehrheit gegen die Atomkraftwerke entschieden. In Österreich wird kein Atomkraftwerk gebaut! In der Bundesrepublik ist es nach Verfassung nicht möglich, daß eine solche Volksabstimmung stattfindet. Aber das, was heute hier stattgefunden hat, ist meiner Meinung nach ein Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik. Man hat immer davon gesprochen: „Wir brauchen mehr Demokratie!" Das ist mehr Demokratie!
Das ist nicht eine Papierdemokratie, eine Als-ob-Demokratie, wo jeder einemal ein Kreuzchen unter einen Zettel machen darf alle vier Jahre, und dann vergißt man ihn wieder, sondern eine Demokratie mit Menschen, die sich wehren, die ihre Ideen haben, die Vorstellungen haben. Und diese Demokratie müssen wir verwirklichen.

Ich komme auch eben vom Anhören, vom Zuhören, bei diesem angeblichen Disput. Das ist eine Als-ob-Wissenschaft, wo nicht mehr offen gesprochen wird, wo Interessen wichtiger sind, besonders auf der Befürworterseite, als Wahrheit. Diese Wissenschaftler, diese korrupten Wissenschaftler, diese abhängigen Wissenschaftler, die müssen wir demaskieren in ihrer Abhängigkeit. Und zwar sind sie nicht abhängig in der einfachen Form, daß sie bestochen sind, sondern sie sagen: „na ja, wir müssen ja Geld für unsere Institute haben, wir müssen uns ja gut stellen mit denen, die uns das Geld geben", und sie müssen sich gut stellen mit ihren Kollegen, denn wenn einer mal etwas Kritisches sagt, dann beschmutzt er das Nest, und man muß weiter seine großen Projekte haben mit hundert Millionen Budget und mehr, man muß weiter Großwissenschaft machen, Wissenschaft über die Köpfe der Menschen hinweg, Wissenschaft gegen den Menschen. Wir brauchen eine Wissenschaft für den Menschen, eine Technik, für den Menschen.



Diese Wissenschaftler, die kaum mehr mit Menschen zusammenkommen, sondern die nur noch unter sich sind und mit den Mächtigen zusammen, mit den Auftraggebern und Kollegen, die kaum mehr unter Menschen kommen, die ihre Sprache nicht mehr verstehen, die sich selbst nicht mehr verständlich machen können, diese Wissenschaftler versichern dann – und sie haben es noch vor ganz kurzer Zeit versichert – , es ist unmöglich, daß ein Unfall passiert, wie er jetzt sich in Harrisburg ereignet.
Diese Wissenschaftler meinen, daß ihre Illusionen von der Wirklichkeit, ihre falschen Vorstellungen von der Wirklichkeit, die sie auf dem Papier erstellen, die sie auf den Computern erstellen, das sei die Wirklichkeit. Das ist nicht die Wirklichkeit.
Die Wirklichkeit muß erst wieder gesehen werden. Man kann nicht über die Köpfe der Menschen hinweg eine Technologie bauen, die den Menschen schädigt. Ich denke in diesem Augenblick voll Angst an das, was den Menschen um Harrisburg geschieht und was ihnen vielleicht noch bevorsteht. Und ich schlage euch vor, daß wir hier nicht nur applaudieren, sondern daß wir eine Minute lang an die Opfer und an die in Gefahr befindlichen Menschen in der ganzen Welt denken, die von der Atomenergie bedroht werden. Senden wir ihnen unsere guten Wünsche in dieser Minute und versichern wir ihnen hier, heute abend: Wir werden dafür sorgen, daß das Atomprogramm nicht weitergeht, daß das Atomprogramm aufhört auf der ganzen Welt. (Eine Minute Schweigen)

ABER WIR WERDEN NICHT NUR SCHWEIGEN
WIR WERDEN AUCH HANDELN.

WIR SIND DER SAND IN DER MASCHINE
DER GROSSEN
UND DIESE MASCHINEN, DIESE
SCHLECHTEN MASCHINEN, DIE
WERDEN WIR ZUM STILLSTAND BRINGEN.

HARRISBURG !!! HEARING EINE FARCE?

HANNOVER 3. April — Das Hearing hat einen Haufen Geld, mehr als eine Million Mark gekostet. Landesvater Albrecht hat sich von seinen sonstigen Pflichten befreit und sich Zeit genommen, fast die ganzen sechs Tage dabei zu sein. Was hats gebracht? Am Ende waren alle Teilnehmer anscheinend zufrieden. Einer, der es nicht war, ein französischer Kritiker (Gutachter oder Schlechtachter, schon über den Namen schieden sich die Geister – jedenfalls ein Ingenieur, der nicht glaubt, daß Gorleben gebaut werden kann, ohne einen Haufen Scheiße mit sich zu bringen) Yves Lenoir hatte schon einige Stunden vorher "seinen Kontrakt mit Albrecht gebrochen"; er ist mit einem Eklat und öffentlich zurückgetreten.

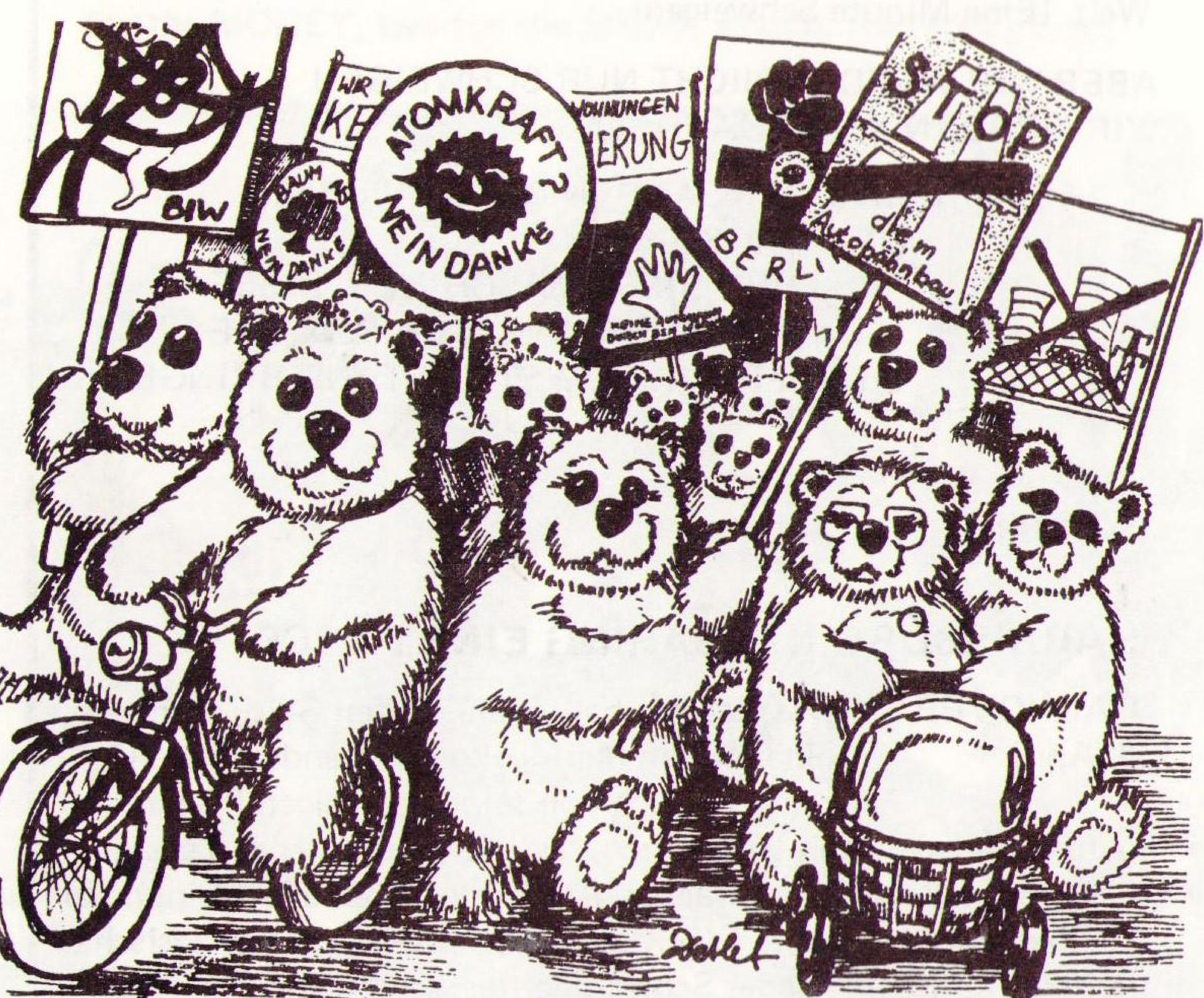
Lenoir: *"Das ganze Hearing nach Harrisburg, nach der Riesendemonstration vom Samstag, ist phasenverschoben und überholt. Das Hearing ist akademische Phrasendrescherei, an der die Wirklichkeit vorbeiläuft. Es ist unwissenschaftlich, hier weiterzumachen, als ob dies eine 'wissenschaftliche' Veranstaltung wäre. Auch wissen wir, daß dieses Hearing (offiziell um der Landesregierung bei der Gorleben–Entscheidung zu helfen) wenig damit zu tun hat, was wirklich passieren wird. Dies wird durch soziale Kämpfe entschieden".*

Lenoir sagte in einer Pressekonferenz zur Vorgeschichte des Hearings: *"Als man uns erst aufforderte, an diesem internationalen Hearing teilzunehmen, hat man uns gesagt, daß die Anhörung öffentlich sein werde, daß sogar die größte Öffentlichkeit hergestellt wird. Doch je näher das Datum der Anhörung kam, desto mehr sahen wir, daß die ganze Angelegenheit geheim sein sollte. Nur durch größte Anstrengungen konnten wir in letzter Minute doch eine Teilöffentlichkeit schaffen."*

Eine Lektion in französischer Geschichte

Lenoir: *"Im 18. Jahrhundert glaubten die Intellektuellen noch, daß man die Despoten aufklären könne. Es hat sich aber schon damals gezeigt, daß man damit Tyrannen nur zu größerem Eigenglanz verhilft. (Wohlbekannt ist, daß am Ende des 18. Jahrhunderts, 1789, das französische Volk zu einer etwas direkteren Handlungsweise gegenüber seinen Herrschenden überging. Bis jetzt – dachte ein Zuschauer – hatte auch das Volk von Niedersachsen versucht, seinen Landesfürsten ganz friedlich über die Gefahren von Gorleben aufzuklären. Wird es das auch 1989 tun?)"*

Zur steten Anwesenheit des Landesvaters sagte Lenoir: *"Herr Albrecht hat bewiesen, daß er mit der Materie ausgezeichnet vertraut ist. Es hätte ihn weniger Zeit gekostet, unseren 2200 seitigen Bericht zu lesen, als 40 bis 50 Stunden persönlich an der Anhörung teilzunehmen."* Lenoir fragte sich, wozu das Hearing überhaupt dienen sollte; hatte Albrecht nicht den Bauern aus dem Wendland schon Samstag gesagt: " Das entscheidet sich in Bonn". Lenoir: *"Nach dem Unfall von Harrisburg sehen wir überall, in Frankreich, Großbritannien, in der Bundesrepublik, daß die Regierungen und die Presse versuchen, das Risiko, den Unfall zu relativieren, herunterzuspielen. Aber*



DIE BÜRGERINITIATIVEN SIND, UM ES GERADEHERAUS ZI SAGEN ZU EINER LANDPLAGE GEWORDEN! (FAZ)

das Risiko ist jetzt nicht mehr Möglichkeit, das Risiko ist jetzt Wirklichkeit. Nach der Samstag–Demonstration in Hannover finde ich es widerlich, daß man so einfach weiterredet über die Entwicklung der Kernenergie, mit oder ohne Wiederaufbereitung . . . Wir wissen, daß wir auch ohne Wiederaufbereitung Uran bis zum Ende aller Zeiten haben. . . Ich versuche jetzt, den Baumwoll–Schleier, den man um das Hearing wickelt, zumindest ein wenig zu lüften, um die Wirklichkeit hereinzulassen".

Lenoir hatte schon zu den Demonstranten am Samstag öffentlich gesagt, und wiederholte es auf der Pressekonferenz: *"Ich sehe uns als die Söldner von Herrn Albrecht, die feinsinnig aber bestimmt von Herrn Weizsäcker an der Leine geführt werden.* (Lenoir hat hier einen Witz gemacht, ohne es möglicherweise zu wissen: die Leine fließt durch Hannover). " Weizsäcker beschrieb er als *"den Philosophen, der sich immer nach dem Tagesgeschmack richtet."* Alle merkten, daß es Harrisburg auf dem Hearing nicht gab. Doch nur Lenoir empörte sich darüber: *" Man hätte zweifellos die Ereignisse von Harrisburg berücksichtigen sollen, um der Debatte eine andere Richtung zu geben. Das war nicht der Fall."*

Auf die Frage eines Ökologen, ob dieses Hearing nicht 25 Jahre zu spät käme, ob man nicht schon vor dem Bau des ersten Atomkraftwerks in Europa über das Problem des atomaren Mülls hätte nachdenken müssen („Hat man uns nicht in ein Fahrzeug gesetzt, das über 200 Stundenkilometer fährt, und versucht nun, die Bremse während der Fahrt einzubauen? ") antwortete Lenoir: JA! Gefragt, ob der Harrisburg–Unfall in Frankreich Konsequenzen hat, sagte Lenoir: *"Wir, die Freunde der Erde, haben für heute abend (3. April) ein Treffen der Linksparteien und der Gewerkschaften einberufen – wir wollen eine nationale Volksbefragung vorbereiten über die Frage der Kernenergie, die Stillegung dieses Typs – oder vielleicht aller Reaktoren, und ein Moratorium (Aufschub) für Neubauten von Atomkraftwerken. – Auch wollen wir die Aufhebung aller Geheimniskrämerei in der Atomenergiepolitik. "*

Aber wir wissen doch nichts!

Am Nachmittag auf der Schlußpressekonferenz antwortete der Freiherr Carl Friedrich Professor Dr. von Weizsäcker auf eine ähnliche Frage: "Wir konnten Harrisburg doch nicht diskutieren, wir haben ja noch keine sichere Information darüber". Abrecht: "Wir müssen das – in Ruhe – abwarten." Dies war aber nicht die Meinung einiger junger Ökologen. Während Landesvater Albrecht lächelnd über seine "politischen Anstrengungen" sprach, enthüllten sie vor den verblüfften Kravattenherren ein Großtransparent, auf dem zu lesen war: " HARRISBURG! Hearing eine Farce".

Tonbandprotokoll der nächsten paar Minuten: Hahaha. Applaus. Albrecht, gereizt, aber noch cool: "So, wenn ihr eure Show gehabt habt, könnt ihr vielleicht wieder gehen". So schnell kriegt ihr ein so großes Publikum nicht wieder". Radöko (radikaler Ökologe): "Uns kommt es nicht auf das Publikum an, denn wir meinen, Harrisburg ist wichtiger als dieses Hearing ..." Albrecht: "Ja, aber ohne das Fernsehen wären sie ja wohl kaum hier". Radöko: "SIE AUCH NICHT"(lautes Gelächter, Beifall). Albrecht, nicht mehr ganz so cool: " So es reicht." Aber die Radökos bleiben noch da, und die vielen Zivilen halten sich zurück. Es scheint nicht der Moment für Gewalt zu sein. Radöko: "Wir meinen, es müßte hier nicht über das Hearing diskutiert werden, sondern über diesen Unfall, denn der ist wichtig, der erregt in der Bundesrepublik die Millionen, und deswegen haben am Samstag in Hannover 100 000 demonstriert. Wir meinen, man kann nicht so tun, als wäre nichts gewesen. " "Auch in den Kernkraftwerken der Bundesrepublik sind in den letzten Jahren viele Sachen passiert, die nicht eingeplant waren. Und diese Wiederaufbereitungsanlage (Gorleben) hat ein Gefahrenpotential, das um ein Vielfaches größer ist als das eines gewöhnlichen Atomkraftwerks . . . "

* * *

Albrecht, nachdem die Radökos friedlich die Szene verlassen hatten: " Wir können nicht über Harrisburg diskutieren, wir wissen ja noch nichts."

Am Abend diskutiere ich mit einem Kollegen aus Hannover, der sich in der Landespolitik gut auskennt. Er: " Die Entscheidung ist längst gefallen, das Ding wird gebaut." Max Watts: "Dann fürchte ich, daß die Demonstranten das nächste Mal nicht mehr so friedlich sein werden". Er: " Das kann dem Albrecht nur recht sein. Ein paar Tote, oder einer zerquetscht von einem Bohrfahrzeug, und die meisten anderen werden Angst haben und wegbleiben, zuhause bleiben - - - ".

Vielleicht. Aber am 13: Juli 1789 hat die französische Regierung auch gemeint, mit ein paar Söldnerregimentern die Pariser Rowdies auseinandertreiben zu können. Schließlich wurde die Bastille nur gestürmt, nachdem die Regierung Truppen nach Paris verlegt hatte.

Max Watts / ID

DEUTSCHER PROFESSOR ZU MIETEN ....

Eine ID–Leserin schreibt zum Hearing:

Das öffentliche Hearing in Hannover sei dazu bestellt, Entscheidungshilfen für die niedersächsische Landesregierung zu geben; so heißt und hieß es offiziell. Als Zeremonienmeister fungierte ein deutscher Altprofessor, der auf durchaus sinnvolle (weil sie einen offensichtlichen Bezug zur Wirklichkeit hatten) aber eben unbequeme Fragen im Stil eines guten deutschen, subalternen Verwaltungsbeamtenarschinhabers sagte: das übersteigt meine Kompetenzen, das müssen sie den Herrn Ministerpräsidenten fragen, und wörtlich und sehr weltmännisch " I am a hired man" (das ist englisch und heißt wörtlich übersetzt: ich bin ein gemieteter Mann). Solch distinguierte Peinlichkeit machte ihm keiner nach. Die Peinlichkeiten und Entgleisungen der anderen feinen und hochbezahlten Herren (es fiel auch eine Frau durch ihre Anwesenheit auf, Dr. Alice Stewart, eine Kritikerin der Kernenergie) waren dagegen viel plumper. So verbreitete sich Prof. Dr. Streffer, Universitätsklinik Essen, ein Befürworter der Kernenergie mit breiter, behäbiger Selbstgefälligkeit minutenlang über seine Fachkompetenz, um dann solch bedeutungsvollen Satz zu sagen wie: "Leben an sich ist gefährlich". Man höre und staune! Staunen und sprachlos lauschen konnte man auch nur noch als B. Cohen (University of Pittsburg) ebenfalls ein Befürworter — als die Möglichkeiten eventueller terroristischer Anschläge auf Kernkraftanlagen diskutiert wurden — eine beachtenswerte Kreativität und Phantasie in der alternativen Massenmordkunst entwickelte: So könnte man zum Beispiel spielend 50.000 Menschen auf einen Streich erledigen, indem man Gas in die Heizungsleitung des New York Trade Centers leiten würde (ganz ohne Atomstrom). Und er lächelte dabei, so stolz war er auf seine Einfälle, die er jetzt endlich mitteilen konnte.

Es ist überflüssig zu erwähnen, daß der Unfall in Harrisburg natürlich nicht ein Thema des Hearings war. Dazu waren die Wissenschaftler nicht bestellt. Man war unter sich, konnte deswegen auf solch Äußerlichkeiten wie die Kompetenzzeichen von Professorentiteln und Doktortiteln großzügig verzichten. Die einzige Frau wurde dennoch hartnäckig mit Fr. Dr. Stewart angeredet. Aber noch einer bildete eine Ausnahme; na ratet mal? Wer ist denn gleicher als die gleichen in einer Demokratie? Na? Na, der HERR MINISTERPRÄSIDENT natürlich, der blieb der Herr Ministerpräsident, das war doch jedem klar!

Es war schon angebracht, daß das sogenannte öffentliche Hearing nicht etwa wie ein Fussballspiel an bundesdeutschen Fernsehern zu genießen war. Erstens hätten dann ein paar Schlechtinformierte mitgekriegt, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie Probleme machen kann und daß es ebenso viele ernstzunehmende Wissenschaftler gibt, die dagegen sind . . .





3. ARBEITSKONFERENZ DER RUSSELL-GRUPPEN

FRANKFURT
12. MÄRZ

Eine 3. Russell-Arbeitskonferenz ist am 21. / 22. April 1979 in der Fachhochschule für Sozialarbeit im Frankfurter Nordwestzentrum. Es sollen, nach einer Vorbesprechung während der 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals in Köln, folgende 3 Themenkomplexe behandelt werden: 1. Die Debatte um die sogenannte Liberalisierung des Radikalenerlasses, 2. die Einschätzung der 2. Sitzungsperiode, Austausch von Erfahrungen, weitere Klärung des Selbstverständnisses, 3. konkrete Arbeitsperspektiven für die Zukunft.

Kontakt: Claudia v. Braunmühl, 6 Frankfurt 1, Grüneburgweg 137, Tel.: 0611 / 72 72 75

OSTERPAKETE FÜR GEFANGENE

FRANKFURT
6. APRIL

Es gibt sie immer noch: die Gruppe, die sich nach dem Tod von Hilde Pohl (siehe ID 261/262) gebildet hat, damit die Versorgung der politischen Gefangenen nicht brachliegt. Die Gefangenen, die zweimal im Jahr, zu Weihnachten und zu Ostern, die Möglichkeit haben, ein Paket mit Lebens- und Genußmitteln zu bekommen, sollen auch diese Ostern nicht leer ausgehen. Für, die, die diese Arbeitübernehmen, ist es jedoch beinahe unmöglich, diese Pakete auch selbst zu finanzieren: jedes einzelne kostet 200 - 300 DM. Deshalb steht und fällt diese Aufgabe mit den Spenden, die dafür eintreffen, und zwar auf das Konto **39 194 000 (Spendenkonto Hilde Pohl) BLZ 501 301 00 bei der Bethmannbank Frankfurt.**

Die Gruppe trifft sich Freitags um 20.30 h im Buchladen Land in Sicht in der Mercatorstraße in Frankfurt.

ZWANGSDIENST? NEE BEDAANKT!

DEN HAAG/HAMBURG
1. APRIL

Leute von der Hamburger Zeitung „Graspurzelrevolution" schickten uns diesen Bericht:

Am 22. November 1978 wurde in Den Haag/Holland vorrübergehend das Kriegsministerium besetzt, um kollektiv gegen die Existenz der Wehrpflicht zu protestieren und auf die Möglichkeit der Zwangsdienstverweigerung des Kriegsdienst mit & ohne Waffen hinzuweisen. An der Aktion beteiligten sich etwa 40 Personen; sie wurde initiiert von der anarcho-pazifistischen Gruppe ‚Onkruit' (Unkraut), die Teil der europäischen Kampagne „Internationaler Kollektiver Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste" ist.

Die Aktion wurde nach anderthalb Stunden von der Polizei aufgelöst, wobei auch die beiden Zwangsdienstverweigerer Theo Wolswijk und Willem Bosma verhaftet wurden. Während sich Theo Wolswijk bei der Überführung ins Untersuchnungsgefängnis nach Breda dem staatlichen Zugriff duch Flucht entzog, wurde Willem Bosma im Februar 1979 wegen Verweigerung der Wehrpflicht zu 19 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Aktionsgruppe ‚Onkruit' will ihn jetzt unter anderem dadurch unterstützen, daß sie in Form einer Anzeige eine Stellungnahme gegen Militarismus und Kriegsdienst in der bekannten holländischen Zeitung ‚Volkskrant' veröffentlicht.

Wer sich in der BRD mit Willem Bosma solidarisch erklären möchte, kann ihm ins Untersuchungsgefängnis schreiben (Postbus 1, NL-Nieuwenhuis) und darüberhinaus die Anzeige in der „Volkskrant" mit seinem/ihrem Namen unterstützen, indem er/sie bis spätestens 10. April den Betrag von 20 DM zur Finanzierung dieser Anzeige überweist. Konto: Dresdner Bank Hamburg, Nr. 4 427 993, Karl-Heinz Seng, Methfesselstr. 69, 2000 Hamburg 19, Vermerk ‚Volkskrant-Anzeige'. Die Anzeige wird aller Wahrscheinlichkeit nach im April veröffentlicht, allen Unterstützern wird auf jeden Fall nach Erscheinen eine Kopie mit Übersetzung der Anzeige zugeschickt.

Kontakt: ‚Onkruit', c/0 Ger Pouw, Van Speykstr. 153, NL-DenHaag.

MÜLLER-NEWERLA-PROZESS

STUTTGART
5. APRIL

Der Prozeß gegen die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" geht am 10., 23., und 24. April weiter. Die Termine sind jeweils im sogenannten Mehrzweckgebäude Stuttgart-Stammheim, Saal 1. Die gewählten Verteidiger rufen dazu auf, daß viele als Zuschauer an diesem Prozeß teilnehmen. Die Kosten der Verteidigung sind unter anderem dadurch enorm hoch, daß das Gericht den Angeklagten „Sicherheitsverteidiger" aufoktroyiert hat und die gewählten Verteidiger daher meistens kein Geld bekommen. Das Spendenkonto für die Verteidigungskosten ist:

Detlef Feuerborn, 6800 Mannheim, Postscheckkonto Mannheim
Karlsruhe 15506-752

LEGT DAS STADER AKW STILL!

HAMBURG
5. APRIL

Am Samstag vor Ostern (14. April) soll eine Demonstration für die Stillegung des Atomkraftwerks in Stade stattfinden. Wahrscheinlich geht's um 14.00 h los, erkundigt euch aber vorher nochmal.

Kontakt: Ökoladen, Lutterothstr. 33, 2000 Hamburg 19, Tel. 040 / 40 27 82



IN DEN DEUTSCHEN MEDIEN UNTERBLIEBENES ÜBER HARRISBURG

Die folgenden Informationen stammen zum größten Teil aus dem „International Herald Tribune", der in Zürich erscheinenden Ausgabe der „New York Times" und „Washington Post".

Sabotageanschlag auf das AKW geplant ?

Vertreter der Atomenergiekommission NCR (Nuclear Regulatory Commission) die „vor Ort" in Harrisburg waren, erklärten, sie hätten am Samstag, den 31. März um 10.45 h Hinweise erhalten, , daß für die kommende Nacht ein Sabotageanschlag auf das AKW „Three Mile Island" geplant sei. Die Kommission informierte daraufhin das FBI und die Betreiberfirma „Metropolitan Edison"
Das FBI erklärte dazu am Wochenende in Washington, daß es ein „halbes Dutzend" Hinweise auf geplante oder angedrohte Sabotageaktionen gegen das AKW Harrisburg erhalten und überprüft habe. Von den Hinweisen habe sich jedoch keiner als stichhaltig erwiesen. Der diensthabende FBI-Officer Otis Cox sagte in einem Telefon-Interview, daß die Gerüchte von Anrufen privater Bürger bei der Atomenergiekommission herrüherten.
Die Atomenergiekommission habe dann die Namen und Adressen der Anrufer ans FBI weitergeleitet und das FBI habe die Anrufer dann befragt. Es gebe jedoch keine Erkenntnisse über irgend eine drohende Gewaltanwendung gegen das AKW bei Harrisburg.
Soweit „Herald Tribune". Es drängt sich das Gefühl auf, daß diese Hinweise auf mögliche Sabotageaktionen vorsorglich für den Fall der größtmöglichen Katastrophe (Gasexplosion oder Kernschmelzung) von der Atomlobby selber in die Welt gesetzt worden sind. Um für diesen Fall nämlich die Ursache für die Katastrophe nicht in der Technologie, sondern in äußerer Einwirkung sehen zu können.

Der Kommandobunker in Harrisburg

Daran, daß die Experten in Harrisburg jederzeit alles im Griff hatten, haben sie selber am wenigsten geglaubt.

Am Sonntag, den 1. April, ist in Eile eine Kommandozentrale der Regierung des Staates Pennsylvania eingerichtet worden. Und zwar in einem Bunker 50 Fuß unter der Erde unter dem dortigen Capitol. Einer der 40 dort eingesetzten Leute: „Diese Zentrale ist zwar nicht sicher im Falle, daß der Reaktor explodiert, aber doch wenigstens strahlensicher."
Die Zentrale ist mit Nahrungsmitteln für vier Tage und 240 Personen ausgestattet, verfügt über ein Luftfiltersystem, eine eigene Wasserversorgung und alle möglichen Kommunikationseinrichtungen. John Comey, der Sprecher der mit der Einruchtung der Kommandozentrale beauftragten „Pennsylvania Emergency Management Agency": Die Zentrale ist von außen absolut unabhängig. Wenn es sein muß, kann der Gouverneur und sein Stab unendlich lange drinbleiben."

Die Zeche zahlen die Verbraucher

Der Ausfall des durchgeknallten Reaktors Nr. 2 kostet pro Tag 600.000 $. Diese Kosten trägt aber nicht die Betreiberfirma Metropolitan Edison, sondern die Bezieher des Stroms. Wenn nämlich die Berteiberfirma Strom von anderen Erzeugerfirmen kaufen muß, kann sie nach einer „fuel adjustment clause" die entsprechenden Mehrkosten auf die circa 500.000 Stromabnehmer abwälzen.

Der Katastrophenschutz ist selber katastrophal

Es hat für die Region um Harrisburg keine Katastrophen- oder Evakuierungspläne gegeben. Dies geht jedenfalls aus dem „International Herald Tribune" vom 2. April hervor. Danach hätten erst am Sonntag, also am vierten Tag nach Katastrophenbeginn die Leiter des Zivilschutzes (civil defense) „letzte Hand an die Pläne zur Evakuierung von Zehntausenden von Menschen gelegt, die in der wahrscheinlich gefährdeten Windrichtung leben."

Massenpanik bei der Ankündigung der Evakuierung?

Walter C. Patterson, einer der „gemäßigten" Kritiker beim Gorleben-Hearing in Hannover hat eine eigene Theorie für die Tatsache, daß die amerikanischen Behörden auch dann die Bevölkerung nicht evakuierten, als sich die Ereignisse immer mehr dramatisierten und Gasexplosion und /oder Kernschmelzung immer wahrscheinlicher wurden. In einem Gespräch mit Max Watts sagte er, daß die Behörden die Evakuierung wieder abgeblasen hätten, weil sie bei einer schnellen Evakuierung eine Massenpanik befürchtet hätten. Diese Panik auf Autobahnen und Flughäfen hätte nach den Berechnungen der Behörden mehr Menschen getötet als die radioaktive Strahlung bei einem meltdown der Brennstäbe.

Psychologisch geschickt hätten die Behörden den Bewohnern „nahegelegt", das Gebiet zu verlassen, indem sie die Empfehlung gaben, schwangere Frauen und Kleinkinder sollten das Gebiet verlassen. Diese „Empfehlung" habe dann zu einem langsameren und verhältnismäßig ruhigen Exodus der Bevölkerung aus dem Gebiet geführt. „Die Teilevakuierung war nur ein Wink mit dem Zaunpfahl."
Ob die Behörden allerdings überhaupt in der Lage gewesen wären, zu evakuieren, ist zweifelhaft. Siehe oben.

Laienprediger betet amerikanische Bevölkerung ruhig.

Am Sonntag, den 1. April, inspizierte US-Präsident Carter, laut Tagesschau übrigens ausgebildeter Atomingenieur, den außer Rand und Band geratenen Rektor in Harrisburg. Er blieb genau 10 Minuten im Kontrollraum des Reaktors Nr. 2, dem durchgeknallten Teil der Anlage „Three Mile Island", und gab dann Pressekonferenz , die die noch nicht geflüchtete Bevölkerung beruhigen und ihr Vertrauen in die Regierung und das Atomkrisenmanagement wiederherstellen sollte.
Die Radioaktivität sei nach Meinung der Experten für die betroffenen Bewohner noch nicht beunruhigend, eine Evakuierung allerdings noch nicht ausgeschlossen. Für diesen Fall solle man sich den Anweisungen der offiziellen Stellen fügen.
Carter weiter: „Wenn es dennoch irgendeinen Irrtum geben sollte, dann hoffen wir alle, daß es ein Irrtum in Richtung auf zuviel Sicherheit sein wird." Außerdem könnte auch der Fall eintreten, daß als reine Vorsichtsmaßnahme evakuiert würde, wenn die Atomtechniker neue Schritte zur Kühlung des Reaktors einleiten würden. (Hierbei spielte er auf das geplante Manöver an, die Gasgemischblase (‚bubble') auf welchem Wege auch immer, abzuzapfen und in Behälter zu füllen.)
Carter kündigte eine „umfassende Untersuchung" des Atomunfalls an: „Ich persönlich fühle mich verantwortlich, das amerikanische Volk über diesen besonderen Vorfall und den Stand der nuklearen Sicherheit in der Zukunft zu informieren. (. . .) Wie ich schon gesagt habe: wenn wir einen Irrtum begehen, dann hoffen wir alle, daß es ein Irrtum auf seite von Übervorsicht und Übersicherheit wird." Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung stünden an erster Stelle der Bemühungen. " Wie schon die ganze Zeit werden auch in dieser Zwischenphase sorgfältige Vorbereitungen getroffen und jegliche Eventualitäten berücksichtigt. " Er erwarte, daß „für die Kernkraftwerke zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen entwickelt und einige Konstruktionsänderungen („design changes") vorgenommen würden", um sicherzustellen, daß sich ein solcher Vorgang nicht wiederholen könne.
Selbst wenn es zu einer Evakuierung der Region kommen würde, sei dies kein „Anzeichen dafür, daß die Gefahr groß sei, sondern daß neue Versuche unternommen würden", die Gasblase zu verkleinern und den Reaktor zu kühlen.
Bis Sonntag morgen hatten sich 50.000 per Auto selbst evakuiert.
Dienstag, 3. April, waren es schon über 200.000.

Personalschwierigkeiten in Spitälern

HARRISBURG, 2. April (AFP). Zwei Krankenhäuser in der Nähe des Unglückskraftwerks von Three Mile Island leiden an Personalschwierigkeiten und haben um die Beistellung von Militärpersonal ersucht, da zahlreiche eigene Angestellte nicht zur Arbeit erscheinen. Dies wurde am Sonntag in Harrisburg offiziell bekanntgegeben. Genaue Zahlen wurden nicht veröffentlicht, doch soll die Zahl der ferngebliebenen Angestellten nach Angaben der beiden Spitäler „sehr hoch" sein. Gegenwärtig würden nur die dringendsten Fälle aufgenommen und Anstrengungen unternommen, Patienten so rasch wie möglich in häusliche Pflege zu entlassen. Die Schwierigkeiten kamen bei einer Routinesitzung über die Evakuierungspläne des Krankenhauspersonals und der Patienten zutage. In einem Radius von 35 Kilometern befinden sich um die Atomzentrale acht Spitäler mit einer Gesamtkapazität von 3637 Betten. Von einer Evakuierung würden nur jene Spitäler betroffen sein, die direkt im Windschatten von Three Mile Island liegen.

DIE BÜRGERINITIATIVE „THREE MILE ISLAND ALERT" IST NICHT MEHR ZU ERREICHEN

Philadelphia/Frankfurt
4. April

Aus einen Gespräch zwischen Mary von der „Keystone Alliance", einer Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke in Philadelphia (135 km von Harrisburg) und einem vom ID.

* * *

Was habt ihr an Widersprüchen herausgekriegt in den offiziellen Meldungen?
Gleich am Mittwoch klang es für uns aus den Meldungen so, daß sie – anders als sie behaupteten – den Reaktor nicht mehr unter Kontrolle hatten –
– und was habt ihr gemacht?
Wir haben sofort eine Versammlung gemacht, eine Delegation zum Vorstandsvorsitzenden unserer Elektrizitätsfirma hingeschickt (das ist eine andere als die Metropolitan Edison von Three Mile Island, nämlich die Philadelphia Electric), um die sofortige Stillegung der Atomkraftwerke im Bereich von Philadelphia zu fordern. Der Vorstandsvorsitzende hat sich geweigert, uns zu empfangen – keine Überraschung für uns. Am Freitag haben 250 Leute eine Mahnwache vor dem Gouverneurssitz in Harrisburg gemacht. Wir forderten, daß der ganze Nordosten der USA evakuiert wird, wegen der Gefahr einer Schmelzung des Reaktorkerns (meltdown). Nachdem die Behörden dann wirklich die Möglichkeit eines meltdown zugeben mußten, wurde nicht bekanntgegeben, wie fürchterlich die Konsequenzen sein würden. Darüber wurde erst später was gesagt, als die Gefahr sich zu verringern schien.
Habt ihr Gegeninformationen verbreitet?
Ja, am Samstag und Sonntag haben wir versucht, Informationen über Schutzmaßnahmen bei einer Kernschmelzung bekanntzugeben. Einfach darüber, was bei einem „meltdown" passiert. Zum Beispiel, daß im ganzen Nordosten der USA, von Boston bis Washington D.C. das Wasser verseucht ist. Daß die Menschen im Umkreis bis zwanzig, dreißig km Entfernung tödlicher Strahlung ausgeliefert sind, und in weiterer Entfernung sich die Krebsfälle und Geburtsfehler häufen. Daß die Wolke von radioaktivem Dampf, die keine unmittelbaren Aus-

wirkungen hat, die Leute zwingt, in den Häusern zu bleiben. All dies haben wir am Samstag der UPI (United Press International, eine der beiden großen Presseagenturen) durchgegeben, aber die haben sich geweigert, es zu bringen.

Woher habt ihr die Informationen?

Von Dr. Judith Johnsrud, einer Expertin auf dem Ge biet der Gefahren der nuklearen Strahlung – und zwar hat sie sämtliche Daten aus offiziellen Unterlagen der Bundesregierung herausgezogen! Im „Brookhaven-Report" von 1964 zum Beispiel sind die Auswirkungen des „meltdown" bereits beschrieben. Bezogen auf das Atomkraftwerk Three Mile Island: für 3500 wäre die Wirkung unmittelbar tödlich; für 45.000 Menschen würde es Krebs bedeuten, weitere 45.000 würden ernsthafte Erkrankungen davontragen, die aber nicht tödlich sind. Der gesamte Süden von Pennsylvania wäre verseucht. Dieser Brokhaven-Report ist bis 1973 geheimgehalten worden, erst 1973 im „Freedom of Information Act" (Gesetz über die Informationsfreiheit) wurde durchgesetzt, daß solche Regierungsdokumente veröffentlicht wurden. Aber von den Behörden wurde die Bevölkerung nicht informiert, und von den Medien erst am Sonntag. Wir haben dann am Freitag eine Mahnwache mit Kerzen gemacht, als Ausdruck der Trauer um die noch unbekannten Todesopfer des Unfalls. Die ganze Woche seither steht eine Mahnwache am Federal Building (Haus der Bundesbehörden) in Philadelphia.

Sind Leute auf die Straße gegangen?

Ja, es gab Demonstrationen: 700 in New York (Manhattan), 200 in Reading, Pennsylvania (75 km von Three Mile Island), und am Sonntag soll es hier eine geben, in Philadelphia, mit der Parole: Sofort alle Atomkraftwerke stillegen! Demonstrationen wie bei euch in Deutschland, mit hunderttausend Leuten, gibt's hier nicht.

Gab es Widerstand, als das Atomkraftwerk Three Mile Island gebaut wurde?

Es gab eine Bürgerinitiative, die sich „Three Mile Island Alert" nannte, und die seit vielen Jahren was gegen das Kraftwerk gemacht hat. Aber das waren ein halbes Dutzend Leute.

Kann ich sie erreichen?

Sie sind aus der Gegend geflohen, ich weiß nicht wohin.

Was für Leute seid ihr in Philadelphia?

Eine Mischung von allem: Junge und Alte, Studenten, Hausfrauen, ein paar Wissenschaftler und Techniker, eine Menge Quäker – Philadelphia ist voll von Quäkern.

Machen bei euch inden Bürgerinitiativen Bauern mit?

Ein paar Leute vom Land schon, aus der direkten Umgebung der AKW's. Aber richtige Farmer kaum.

* * *

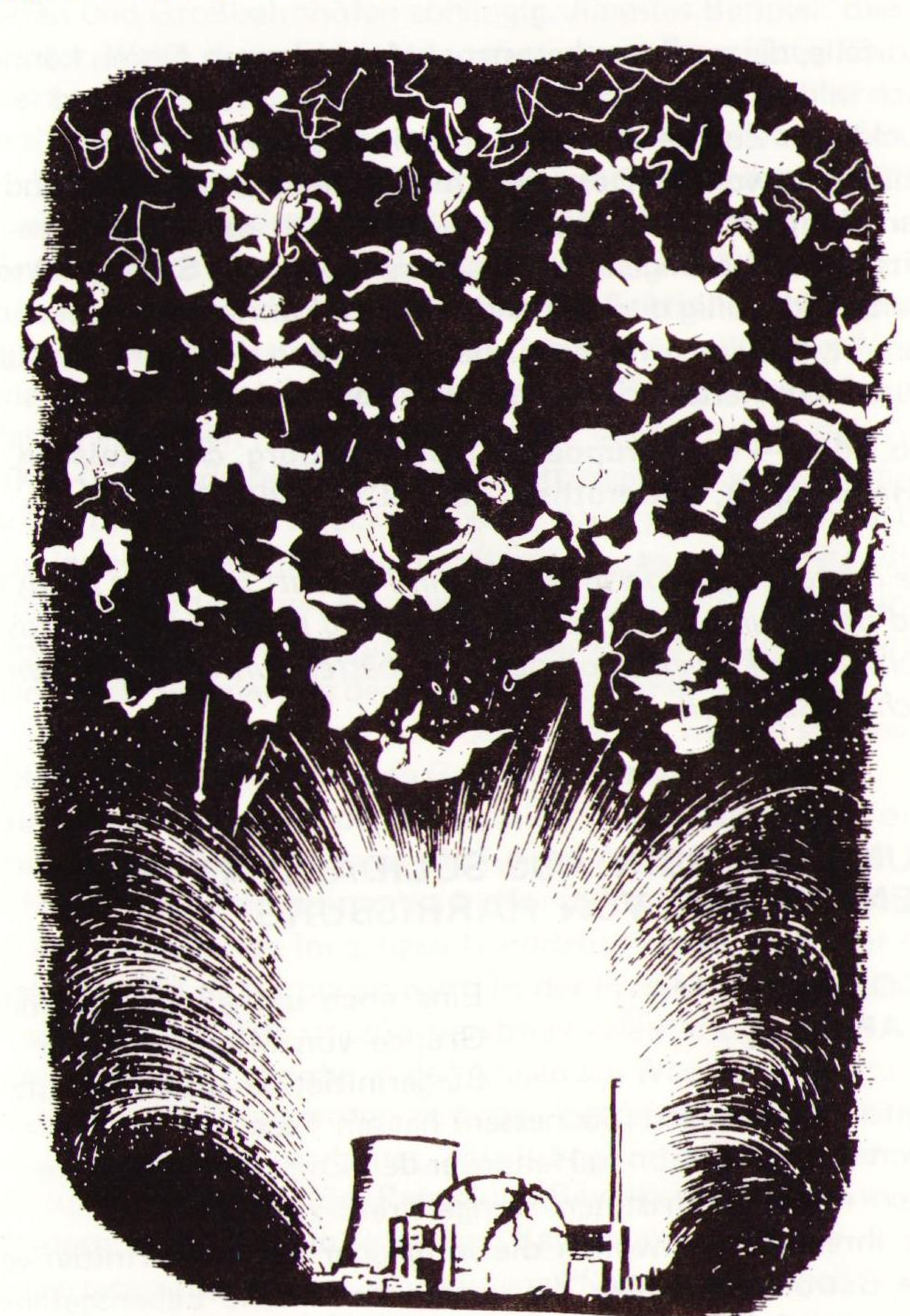
Kontakt: Keystone Alliance, 1006 South 46th Street, Philadelphia, Pennsylvania 19143, U.S.A., Tel. 001-215/ 729-3276

HARRISBURG AUCH IN DEUTSCHLAND MÖGLICH?

HAMBURG 5. April Von offizieller Seite wird nach den Vorgängen in Harrisburg behauptet, ein derartiger Unfall könne in deutschen AKW's nicht auftreten, und zwar einerseits, weil bei uns die Notkühlung nicht von Hand abgeschaltet werden könne und andererseits das deutsche Notkühlsystem sicherer sei. Das ist eindeutig falsch. Daß bei uns vielleicht nicht genau derselbe, aber wahrscheinlich beliebig viele andere Störfälle mit möglicherweise katastrophalen Ausgang möglich sind, zeigt u.a. eine Analyse des Unfalls in Brunsbüttel im Juni letzten Jahres (siehe ID 239). Wie in Harrisburg wurde der Unfall in Brunsbüttel durch ein technisches Versagen eingeleitet: Abriß eines Stutzens von einer Frischdampfleitung (Harrisburg: Ausfall zweier Kühlwasserpumpen im Sekundärkreislauf). Derartige Pannen können jederzeit überall auftreten, zumal es sich um relativ harmlose Vorfälle handelt, verglichen etwa mit dem Bersten des Reaktordruckbehälters. Da es beliebig viele solche Versagensmöglichkeiten gibt, können nicht alle vorher durchgeprobt werden. Es ist daher praktisch unmöglich, in diesem komplexen technischen System "Atomreaktor" auf jede mögliche Störung die beste Reaktion zu finden – das gilt für die Automatik und auch für die Bedienungsmannschaft.

In Brunsbüttel wurde – offensichtlich aus Profitinteresse – eine automatische Schnellabschaltung verhindert, indem entgegen den Betriebsvorschriften Sicherheitsvorrichtungen außer Betrieb gesetzt wurden. Auch in Harrisburg scheint es einen Eingriff der Bedienungsmannschaft in automatische Systeme gegeben zu haben (Genaues ist uns nicht bekannt; es kann aber durchaus sein, daß durch einen derartigen Eingriff ein schlimmeres Unglück wie etwa ein Bersten des Reaktordruckbehälters verhindert werden sollte). Einen Reaktor, der ohne Eingriffsmöglichkeiten durch das Personal betrieben wird, ist technisch nicht denkbar. In jede Funktion des Reaktors muß zu Prüfzwecken eingegriffen werden können – und von dieser Möglichkeit wurde zumindest beim Brunsbüttel–Unfall Gebrauch gemacht.

Ein Unterschied zwischen beiden Unfällen: in Harrisburg ist die Kühlung ausgefallen, in Brunsbüttel hingegen sind zwar circa 20 Prozent des Kühlwassers ausgedampft, die Kühlung ist jedoch intakt geblieben. Allerdings ist das ein reiner Glücksfall gewesen: ohne die "zufällige" Schnellabschaltung aufgrund eines Kurzschlusses in einem Meßinstrument wäre das Kühlwasser weiter verdampft. Ob die dann erforderliche Notkühlung funktioniert hätte, bezweifeln wir sehr, da während des Unfalls ein Leck zwischen Maschinenhaus und Sicherheitsbehälter entstanden war, durch das das Notkühlwasser hätte wegfließen bzw. verdampfen können.. Fazit: der Unfall von Brunsbüttel zeigt, daß



GaU heißt für uns immer noch:
Größter angenommener Umsatz!

Ihre Atomindustrie



Störfälle, die zu einem katastrophalen Versagen führen können auch in deutschen Reaktoren möglich sind. Nur aufgrund glücklicher Zufälle sind die Folgen in Brunsbüttel nicht so schlimm geworden. Derartige Unfälle wie in Brunsbüttel und Harrisburg können jederzeit in jedem AKW auftreten, da bereits kleine Störungen das komplexe technische System "Atomkraftwerk" völlig durcheinanderbringen können, wobei hinzukommt, daß aus wirtschaftlichen Interessen der Betreiber auf teure Sicherheitseinrichtungen verzichten wird.

Bro kdorf–Prozeßgruppe der BUU Hamburg, c/o Ökoladen, 2 Hamburg 19, Lutterothstr. 33, Tel. 040/402782

Die Prozeßgruppe der BUU hat ein Faltblatt mit einer Analyse und Bewertung des Unfalls in Harrisburg hergestellt, eine ausführliche Dokumentation des Brunsbüttel–Unfalles wird demnächst erscheinen.

Atomlobby – ab zur Endlagerung nach HARRISBURG!

HUNGERSTREIK AUS SOLIDARITÄT MIT DEN OPFERN VON HARRISBURG

RÖDERMARK
2. APRIL

Eine noch immer anwachsende Gruppe von Mitgliedern der Bürgerinitiative Umweltschutz Rödermark/Rodgau (Südhessen) hat am Tage der Anti-Gorleben-Demonstration in Hannover den Entschluß gefaßt, in einen noch unbefristeten Hungerstreik zu treten.
Mit ihrem Fasten wollen die Mitglieder der Bürgerinitiative ihre Betroffenheit über die unverantwortliche Lebensgefährdung von 1 Mio. US-Bürger zum Ausdruck bringen. Sie verstehen ihre Aktion als eine konsequente Weiterführung der von Hartmut Gründler initiierten Hungerstreiks gegen die Verwirklichung des Atomprogramms der Bundesregierung und rufen alle ebenso Betroffenen dazu auf, es ihnen gleichzutun. Als Zeichen der Solidarität schlagen sie vor, eine selbstgefertigte Plakette mit der Aufschrift „Fasten für Harrisburg" zu tragen.

Kontakt: Fasten für Harrisburg, Holbeinstr. 5, 6074 Rödermark-Ob.rd.

GROHNDE – WAS TUN ?

GÖTTINGEN
1. April '79

Den folgenden Artikel haben wir der Nr.13 des ATOM EXPRESS entnommen:

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat den Baustopp für das Atomkraftwerk Grohnde aufgehoben. In den Zeitungen stand, der Hauptgrund für diesen richterlichen Beschluß sei die Erkenntnis, daß der B a u des AKWs allein die Produkte der klagenden Arzneimittelfirma Lohmann nicht beeinträchtige – so, als ob das fertige Kraftwerk wieder abgetragen werden würde, wenn sich herausstellt, daß Radioaktivität den Medikamenten schadet!

Das ist Hohn – und eine Bestätigung für unser Wissen, daß wir im Kampf gegen Atomanlagen nicht auf die Gerichte vertrauen können – im Gegenteil! Der Weiterbau des AKW Grohnde

muß entschlossen bekämpft werden, und zwar ab sofort!

Die Anti-AKW-Bewegung steht zum ersten Mal vor einer Situation, in der ein durch intensiven Widerstand erkämpfter Baustopp aufgehoben wurde. Widerstand gegen Grohnde – das war mehr als der 19.3.77; aber auch mehr als 20 000 Unterschriften im Weserbergland. Widerstand gegen Grohnde war die Öffentlichkeitsarbeit der örtlichen Bürgerinitiativen genauso wie Pfingstlager und Anti-Atom-Dorf.
Grohnde hat, wie Wyhl, wie Brokdorf, eine Symbolfunktion im Widerstand gegen Atomanlagen. Was können wir tun, um den Bau erneut zu stoppen?

Aktionen zu Pfingsten

Aus zwei Gründen ist klar, daß wir schnell reagieren und schnell zu Aktionen kommen müssen:

1. Der Widerstand vor Ort muß unterstützt bzw. wieder entfaltet werden. Von den Weserbergland-Bürgerinitiativen arbeiten nur noch sehr wenige. Massive Unterstützung der gesamten Anti-AKW-Bewegung wird den Widerstand der einheimischen Initiativen stärken. Wenn das nicht bald geschieht, gerät Grohnde schnell in Vergessenheit. Es wird ein AKW "unter vielen".

2. Auch in Brokdorf droht in absehbarer Zeit eine Aufhebung des Baustopps. Wenn es nicht bald gelingt, zu erfolgreichen Aktionen gegen Grohnde zu kommen, wird das mit Sicherheit negative Auswirkungen auf den Widerstand in Brokdorf, möglicherweise sogar in Wyhl, haben. Andersrum: Wenn wir uns jetzt gegen den Wiederbau in Grohnde wehren, so wird das gewährleisten, daß die Nordwestdeutsche Kraftwerke(NWK) es in Brokdorf schwer haben wird, mit dem Bau zu beginnen.

Meines Erachtens bietet sich Pfingsten für Widerstandsaktionen gegen Grohnde an. Pfingsten ist durch die Baseler Treffen schon seit längerer Zeit als Termin für internationale Demonstrationen gegen Atomanlagen in ganz Europa im Gespräch. Da es für den ganzen norddeutschen Raum noch keine Beschlüsse oder Vorschläge für einen bestimmten Demonstrationsort gibt, und da eine Großaktion in Gorleben an Pfingsten völlig ausgeschlossen erscheint, bietet sich Grohnde entweder als Demonstrationsort selbst oder als politisches Ziel anderer Aktionsformen an.
Das Argument, wir würden uns von Gorleben wegorientieren und unsere Kräfte aufsplittern, zieht nicht, denn der Bezug zu Gorleben ist bei Aktionen gegen Grohnde auf jeden Fall da, davon abgesehen, daß erfolgreicher Widerstand gegen alle möglichen Atomanlagen sich auf Gorleben für uns nur positiv auswirken wird. Zudem wäre nach der Göttinger Bundeskonferenz am 5.5.79, auf der ein gemeinsames Vorgehen beschlossen werden könnte, noch ausreichend Zeit, Widerstandsaktionen vorzubereiten. Nur zwei Aktionsformen haben meiner Ansicht nach Aussicht auf Erfolg.

Ich habe vorhin schon geschrieben, daß wir zum ersten Mal auf eine Situation reagieren müssen, wo ein von der Anti-AKW-Bewegung erkämpfter Baustopp aufgehoben worden ist. Wie richtig es grundsätzlich auch ist, alle Widerstandsformen gegen AKWs auszuschöpfen, gilt jedoch für Grohnde. Wir müssen den legalen Bereich des Widerstands verlassen, wenn Betreiber und Regierung stark unter Druck stehen sollen. Das heißt: Unterschriftsaktionen oder auch Demonstrationen werden in Grohnde mit Sicherheit nicht zu einem Erfolg führen, denn so schnell wird ein Baustopp nicht wieder verhängt, wenn er einmal aufgehoben worden ist.

Die eine Möglichkeit die es gibt, in Grohnde etwas zu erreichen, ist eine Bauplatzbesetzung. Zwar spricht vieles, was auch anschließend ausgeführt werden soll, dagegen; aber wenn es uns ernst ist mit dem Anliegen, Grohnde niemals in Betrieb gehen zu lassen, müssen wir auch über die Bauplatzbesetzung reden. Was für eine Platzbesetzung spricht, liegt auf der Hand:
Ist sie erfolgreich, so können wir den Weiterbau praktisch verhindern, zumindest aber behindern, wie immer das auch aussehen mag.

Dennoch erscheint aus mehreren Gründen ein „Sturm auf die Festung Grohnde" – anders kann man den Bauplatz leider nicht mehr besetzen – bedenklich, wenn nicht gefährlich.

1. Die Chancen, auf den Bauplatz zu kommen, sind gering und stehen in keinem Verhältnis zu dem persönlichen Risiko der Demonstranten. Die Polizei wird wahrscheinlich noch offensiver vorgehen als am 19.3.77 oder in Kalkar. Das kann bedeuten, daß abgesehen von Verletzungsgefahren jeder Demonstrationsteilnehmer Gefahr läuft, einen „Grohnde II-Prozeß" an den Hals zu bekommen.
2. Das Kampfmittel der Platzbesetzung wird z.Zt. nur von einem Teil der Anti-AKW-Bewegung unterstützt. Es müßte aber ein breites Spektrum von AKW-Gegnern den Widerstand mittragen.
3. Im Hinblick auf die Auseinandersetzungen in Gorleben könnte mit einer militanten Aktion zum jetzigen Zeitpunkt viel politisches Porzellan zerschlagen werden. Die Spaltung könnte vertieft, die Kriminalisierung erleichtert und die Vorurteile weiter geschürt, kurz: der Widerstand zurückgeworfen werden.

Infrastruktur-Blockaden

Ich meine, daß wir in Bezug auf Grohnde, aber auch später auf Gorleben und alle anderen Atomanlagen, eine neue Dimension des Widerstands entwickeln müssen, von deren Wirksamkeit viele AKW-Gegner von vornherein überzeugt sind. Ein wichtiger Ansatzpunkt in diesem Sinn kann in der Blockade allgemeiner und zentraler Infrastruktureinrichtungen liegen. Unser System ist in hohem Maße von der Funktionsfähigkeit von Autobahnen, Flughäfen und Großbahnhöfen abhängig. Jüngstes Beispiel: dieser Winter. Wenn diese Einrichtungen auch nur kurzfristig koordiniert außer Kraft gesetzt werden, kann dadurch erheblicher praktischer Druck auf Staat und Betreiber ausgeübt werden.

Voraussetzung ist eine konkrete und vermittelbare Forderung, etwa nach einem sofortigen Baustopp in Grohnde.
Grundsätzlich lassen sich Blockaden in Kleinaktionen (z.B. ein Bahnhof) und in flächendeckenden Großaktionen (z.B. gesamter Verkehr in Norddeutschland) durchführen. Weiterer Vorteil: wir würden so flexibel sein, daß sich der Polizeiapparat kaum darauf einstellen kann. Zudem scheint gewährleistet, daß viele AKW-Gegner diese Aktionsform mittragen werden. Dem Einwand, daß Verkehrsblockaden bzw. Aktionen gegen Infrastruktureinrichtungen allgemein der Bevölkerung nicht verständlich gemacht werden bzw. sogar auf Ablehnung und Verärgerung stoßen könnten, kann mit frühzeitiger Ankündigung, Erläuterung und Publizierung der Aktionen begegnet werden.

Abschließend will ich kurz durchspielen, wie ein solches Vorgehen mit der Stoßrichtung Grohnde vorstellbar ist.
Die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen in Göttingen fordert (u.a.) sofortigen Baustopp für das AKW Grohnde und beschließt Widerstandsaktionen in Form von Verkehrsblockaden in den Pfingsferien im ganzen Norddeutschland, wenn der Forderung nicht entsprochen wird. In der Presseerklärung wird das Verfahren der Öffentlichkeit erstmals erläutert. Es bildet sich eine Arbeitsgruppe, die in den folgenden Wochen Orte und Zeitpunkt für die Blockierung zentraler Verkehrsknotenpunkte in Norddeutschland erarbeitet. Alle Bürgerinitiativen vertreten die Aktionen gegenüber der Presse und Bevölkerung offensiv und fordern weiterhin den sofortigen Baustopp in Grohnde. Ein Delegiertentreffen wenige Wochen vor Pfingsten beschließt endgültig über Termin und Aktionsorte. In der Woche vor den Aktionen wird die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt.
Zu einem bestimmten Zeitpunkt besetzen und blockieren viele AKW-Gegner aus Norddeutschland gleichzeitig mehrere zentra-

le Infrastruktureinrichtungen. Die politische Durchführung dieser Aktionen bietet große Spielräume für alle Beteiligten. Der Anmarsch zu Atuobahnstrecken kann sowohl zu Fuß als auch mit PKWs erfolgen, ebenso die eigentlichen Blockaden.

Jeder AKW-Gegner, jede Bürgerinitiative kann sich des Erfolgs der Aktionen unmittelbar bewußt werden. Die Stärke der Bewegung wird direkt demonstriert, wenn wir zeigen, daß gegen unseren Willen im wahrsten Sinne nichts mehr läuft. Hinzu kommt, daß die publizistische Wirkung auch danach sehr groß sein wird.

Wenn unserer Forderung nicht nachgegeben wird, müssen wir die Aktionen in kurzen Zeitabständen – etwa einmal im Monat – wiederholen. Schon eine entsprechende Ankündigung wird einiges in Bewegung setzen.

KRITIK:

Der Artikel hat in der Redaktion heftige Diskussionen ausgelöst. Der erste Teil des Artikels zur Bedeutung der Aufhebung des Baustopps in Grohnde und der Gefahr, lediglich auf Gorleben zu starren, drückt die Meinung der gesamten Redaktion aus. Die Kritik bezieht sich vor allem auf die konkreten Vorschläge zum weiteren Vorgehen, also dem Vorschlag, zu Pfingsten eine „bundesweite Blockadeaktion" durchzuführen. Aus Platzgründen können wir nur einige Punkte kurz anreißen.

1. Grundvoraussetzung für eine Aktion gegen die Aufhebung des Baustopps ist eine Wiederaktivierung der örtlichen Bürgerinitiativen. Dazu beizutragen ist der erste Schritt, den wir machen müssen. Alles weitere muß darauf aufbauen.
2. Wenn eine solche „bundesweite dezentrale Blockadeaktion" erfolgreich sein soll, d.h. wirklich ein Druckmittel darstellen soll, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, zum Beispiel daß ein erheblich größerer Teil der Bevölkerung zu aktivem Widerstand bereit ist. Diese Voraussetzung ist zur Zeit nicht erfüllt und wird es auch bis Pfingsten nicht sein.
3. Wenn die Beteiligung hunderttausender von Menschen nicht gewährleistet ist, ist eine solche Aktion sehr unpopulär (von ihren Wirkungen her) und nicht erfolgversprechend im Sinne eines wirklichen Druckmittels.
4. Einige haben sich grundsätzlich gegen eine solche Aktionsform ausgesprochen, solange eine massenhafte Beteiligung (etwa wie im Iran) nicht realistisch ist. Andere halten solche Aktionen z.B. zu Gorleben sinnvoll, aber nicht zu Grohnde.

Als Alternative wurden folgende Vorschläge gemacht:

– Erste Blockadeaktionen am Atomkraftwerk Grohnde zu machen, mit der Zielvorstellung, sie zu einer Dauerblockade auszudehnen. Dazu müßte aber erst die Problematik der Aufhebung des Baustopps in der Öffentlichkeit und in der Bewegung selbst stärker aufgegriffen werden.

– Als ersten Schritt in diese Richtung z.B. auf der Regionalkonferenz vorzuschlagen, zu Pfingsten einen Aktionstag mit regionaler (?) Demonstration durchzuführen.

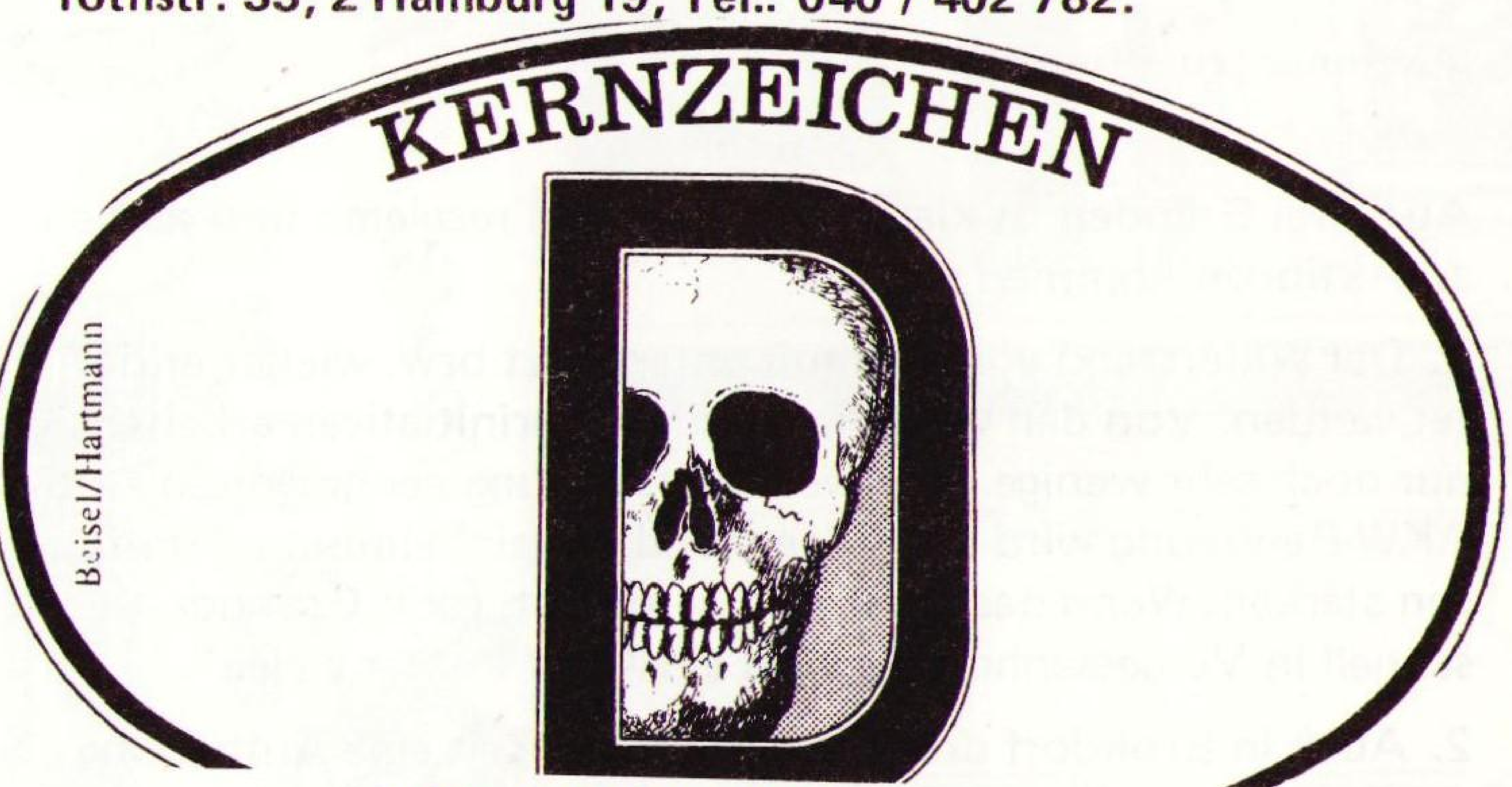
ESO TRAT SEINE HAFTSTRAFE NICHT AN

HAMBURG
4. April '79

Eso, einer der verurteilten Grohnde-Angeklagten, sollte am 2.4.79 seine Haftstrafe in der JVA Hamburg-Fuhlsbüttel antreten. Etwa dreihunder AKW-Gegner sollten Eso auf dem Weg zum Knast begleiten, der Autokonvoi fuhr jedoch nicht zum Gefängnis, sondern zur Petri Kirche, um sie zu besetzen. Seit Montag sind ca. 200 Leute und natürlich Eso ständig in der Kirche. (Der STERN hat zwei Journalisten geschickt, die ständig dabei sind.) Besetzung ist eigentlich der falsche Ausdruck für diese Aktion, viele Pastoren unterstützen diese Aktion und geben den Demonstranten und Eso Schutz. Das Kirchenamt hat zugesagt, daß die Leute nicht polizeilich aus der Kirche herausgeholt werden.

Die Besetzer argumentieren, daß nach dem Unfall in Harrisburg erst recht niemand ins Gefängnis gehört, der genau gegen diese Technologie gekämpft hat. Bisher hat die Aktion in Hamburg ein positives Echo gefunden, und die Polizei hat noch keine Versuche unternommen, Eso in den Knast zu bringen.
Jetzt steht ein Treffen mit dem Justizsenator an.

Kontakt: Wolfgang Giesler, Eichenstr. 48, 2 Hamburg 19, Tel.: 040 / 4073 42 oder Arbeitskreis Politische Ökologie, Lutherothstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel.: 040 / 402 782.



DPA-BESETZER: DIE VOLLZUGSBEAMTEN HABEN IHR EIGENES URTEIL SCHON VOLLZOGEN

FRANKFURT
5. April '79

Der Ablauf des Prozesses gegen die elf dpa-Besetzer vor dem Frankfurter Oberlandesgericht unter dem Vorsitzenden Dr. Hahn könnte dem Lehrbuch entstammen „Wie trenne ich ein Verfahren ab, Wie spalte ich die Angeklagten". Nach nur drei Verhandlungstagen muß das Gericht am Montag (9.4.) darüber befinden, ob die vier weiblichen Gefangenen Ingrid Jakobsmeyer, Helga Roos, Rosmarie Prieß und Simone Borgstede verhandlungsfähig sind. Davon wird es abhängen, ob der Prozeß am Dienstag (10. 4.) mit oder ohne die Frauen weitergehen soll.
Und das kam so:

Vor Beginn des ersten Verhandlungstages (2. April) mußten die vier weiblichen Angeklagten im Knast Frankfurt-Preungesheim die Kleider wechseln, die Männer aber nicht. Der Vorsitzende Hahn stellte die Rechtswidrigkeit dieser Schikane sogleich am Montag fest und erließ einen entsprechenden Beschluß, den er aber am Dienstag nach einem Gespräch mit dem Landeskriminalamt und Anstaltsleiter Kuhlenkampf wieder aufhob (wer ist der Unabhängigste von den Dreien?).
Auch am Dienstag, nach dem zweiten Verhandlungstag, weigerten sich die vier Frauen, die Kleider zu wechseln und wurden im Knast von einem Rollkommando brutal zusammengeschlagen (siehe die folgende Erklärung der Anwälte).
Zum dritten Verhandlungstag (Mittwoch) kamen sie grün und blau geschlagen ins Gericht und wurden auf Antrag der Verteidiger von zwei Vertrauensärzten untersucht, die bei allen überall Prellungen, Schürfungen, Blutergüsse und Schwellungen feststellten. Der Antrag, die beiden Ärzte als sachverständige Zeugen zu hören, um die Verletzungen genau festzuhalten, weitere, klinische Untersuchungen einzuleiten und angemessene Sicherheitsvorkehrungen für die Gesundheit der Angeklagten beim Transport zur und in der JVA gerichtlich zu treffen, wurde abgelehnt. Stattdessen verfügte das Gericht, das Verfahren gegen die Frauen abzutrennen und sie vom Anstaltsarzt auf Verhandlungsfähigkeit untersuchen zu lassen. Die darüber empörte Öffentlichkeit wurde wie die Angeklagten aus dem Saal geknüppelt und erhielt Hausverbot fürs ganze Verfahren.

Die vier Frauen wurden am gleichen Abend noch in der Universitätsklinik untersucht. Die Anwälte hatten's beantragt, doch

nur einer hätte bei der Untersuchung dabei sein dürfen, wenn er rechtzeitig informiert worden wäre — er wurde es aber nicht und kam zu spät. Die Ärzte im Krankenhaus, die sich schofelst benahmen (der Dienstbetrieb wird gestört) und mit den Ergebnissen der Untersuchung nicht rausrücken wollten, stellten bei Rosmarie Prieß einen Bruch des Zungenbeines fest.

Das Zungenbein ist ein Knochen, der in der Gegend des Halses sitzt und die Muskeln, die nach hinten zur Wirbelsäule gehen, stabilisiert. In einem Lehrbuch der Rechtsmedizin heißt es unter dem Stichwort 'Erwürgen': „Befunde: Außer dem stets vorhandenen allgemeinen Erstickungszeichen findet man Würgemale, Hautabschürfungen, Blutaustritte verschiedener Größe... Zungenbein- und Kehlkopfbrüche sind besonders bei älteren Menschen ein häufiger Befund."

Daran läßt sich ermessen, mit welcher Brutalität die beamteten Schläger gegen die Frauen vorgegangen sind. Die Anwälte werden Anzeige gegen Unbekannt wegen Körperverletzung im Amt und versuchten Mordes stellen.

WER FÜHRT EIGENTLICH DEN PROZESS: HAHN, KUHLENKAMPF ODER DAS LKA?

Erklärung der Anwälte:

Seit Beginn des Prozesses werden die vier weiblichen Angeklagten einer diskriminierenden Sonderbehandlung unterworfen. Sie müssen sich morgens, bevor sie zum Prozeß gebracht werden, nackt ausziehen und neue Kleider anziehen. Derartige Sondermaßnahmen von der Anstalt dürfen nur auf Beschluß des vorsitzenden Richters am OLG, Dr. Hahn vorgenommen werden. Ein derartiger Beschluß lag nicht vor. Dementsprechend beantragte die Verteidigung am Montag, dem ersten Verhandlungstag, festzustellen, daß die Entkleidungsmaßnahme rechtswidrig war. Ein dementsprechender Beschluß erging, er lautete: „Es wird ausdrücklich angeordnet, daß grundsätzlich eine Entkleidung der Angeklagten zum Zwecke ihrer Durchsuchung nur auf richterliche Anordnung und nur aus besonderen gegebenem Anlaß erfolgen darf. Der Vorsitzende.".

Trotzdem wurden die vier inhaftierten Frauen am Montagabend gezwungen, die gleiche Prozedur über sich ergehen zu lassen. Sie sollten sich einzeln ausziehen zur körperlichen Kontrolle und die Kleider, die sie während des Prozesses anhatten mit denen tauschen, die sie morgens in der Kammer zurücklassen mußten. Die Gefangenen beriefen sich auf den Beschluß des Richters. Die Beamtin Weber von der Bereitschaftsinspektion erklärte: „Ich habe mit Hahn telefoniert, Hahn weiß von diesem Beschluß nichts". Da die gefangenen Frauen sonst nicht in ihre Zellen gekommen wären — sie hätten die ganze Nacht in der 3 x 4 Meter großen überhitzten Aufnahmezelle verbringen müssen — kleideten sie sich unter diesem Zwang um.

Am 3. 4. Dienstagmorgen wurden die Frauen wieder aufgefordert, sich auszuziehen und die Kleider zu wechseln. Als sie sich weigerten, kam Anstaltsleiter Kuhlenkampf und erklärte sinngemäß: „Wenn sie sich nicht ausziehen, kommen sie nicht zum Gericht. Der Herr im Haus bin ich. Was Hahn da beschlossen hat, interessiert mich einen Scheißdreck." Als die Frauen sich erneut auf auf den Beschluß beriefen, sagte er schließlich, es sei ihm egal, wie sie rausgingen, aber am Abend würde das dann anders laufen

Obwohl kein „besonderer Anlaß" bestand, hob der Vorsitzende Richter gleich zu Beginn der Verhandlung den oben zitierten Beschluß wieder auf und erklärte die Entkleidung der Angeklagten, wahlweise Abtasten mit der Sonde, nach dem Ermessen der Anstalt für zulässig. Dieser Beschluß wurde trotz Gegenvorstellung der Anwälte nicht begründet. Am Dienstag Abend passierte dann folgendes:

Im Gang zum Heizungskeller der JVA III wurden alle vier Frauen von 17.15 bis 21.30 Uhr festgehalten. Aus der Erfahrung am Vortag, an dem sie sofort in Einzelzellen gesperrt worden waren, waren sie im Gang zusammengeblieben. Sämtliche Zellen zum Gang wurden abgeschlossen, ebenso die Duschen, andere Gefangene wurden entfernt. Wiederholt kam die Schließerin und forderte die gefangenen Frauen auf, sich auszuziehen.

Gegen 18 h erschien Frau Weber und drohte, wenn sie sich nicht freiwillig ausziehen wollten, „dann eben mit Gewalt". Die Frauen erklärten, daß sie schon beim Verlassen des Justizgebäudes mit der Sonde kontrolliert und abgetastet worden seien und bestanden darauf, in ihre Zellen gebracht zu werden. Sie weigerten sich auch auf dem Gang zu essen. Daraufhin drohte eine Schließerin, sie werde die Weigerung der Frauen, sich auszuziehen, weitergeben. Gegen 20 h erschien die Oberaufseherin, Frau Gärtner, mit einem Vollzugsbeamten. Sie „bot" den Frauen „an", ohne körperliche Durchsuchung in den Trakt D, in die Isolationszellen zu gehen. Nach dem Mittagessen waren hier schon einige Zellen freigemacht worden, was die Gefangenen von anderen Gefangenen wußten.

Eine Viertelstunde später ging das Gittertor auf und 10 bis 15 Vollzugsbeamte, die nicht in der JVA III Dienst tun, stürmten auf die Frauen los. Die Frauen schilderten den weiteren Verlauf in der Hauptverhandlung am Mittwoch so:

Simone Borgstede:

"Mir wurden von zwei Beamten die Arme nach hinten gedreht, einer von ihnen würgte mich von hinten, daß ich nur noch röcheln konnte. Als er für kurze Zeit den Griff lockerte, schrie ich, woraufhin ein anderer Beamter sagte: "Drück fester zu". Ich wurde dann zur Treppe geschleppt und fiel zu Boden. Daraufhin wurde ich wiederholt von hinten hochgezogen und getreten. Als es mir gelang endlich hochzukommen, schlug mir ein Beamter ins Gesicht. Mit einem Fußtritt wurde ich schließlich in die Isolationszelle D—Bau geworfen."

Rosemarie Prieß:

"Als Simone als erste von uns gegriffen wurde, schrie ich, worauf ich von mehreren Beamten gegriffen und so geschlagen wurde, daß ich auf den Bauch fiel. Einer legte mir den Arm um den Hals, griff mit beiden Händen in meine Haare und zerrte so daran, daß ich später in der Zelle diese büschelweise aus dem Kopf ziehen konnte. Noch auf dem Boden liegend wurde ich herumgeschleift, während mein rechter Fuß von einem Beamten umgedreht wurde und mich einer die ganze Zeit würgte. Ich lief blau an; als ich versuchte mich zu wehren, sagte einer: "Verreck doch endlich". Ich verlor meine Kontaktlinsen. Im Würgegriff wurde ich in die Isolationszelle gebracht."

Helga Roos:

"Ich wurde von einem Beamten umgeschmissen und fiel auf den Rücken. Ein anderer hockte sich auf meinen Bauch, meine Hände wurden festgehalten, gleichzeitig schlugen andere Beamte mit Knüppeln auf meinen Kopf und meine Beine. Sie traten auch mit den Schuhspitzen. Als ich versuchte, mich zu wehren, trat ein Beamter mir mit der Fußsohle ins Gesicht und hielt mir mit dem Schuh den Mund geschlossen, daß ich keine Luft mehr bekam. Die ganze Zeit wurde mir mit Schlagstöcken auf die Beine geschlagen. Ich trug sichtbare Blutergüsse, Schwellungen davon. Laut ärztlichem Befund müssen Kopf, Schulter und Knie geröntgt werden".

Ingrid Jakobsmeyer:

"Ich wurde von einem sehr großen Vollzugsbeamten über die Schulter genommen. Während ich mich in dieser Lage befand, schlug ein weiterer Beamter wiederholt mit einem Gummiknüppel auf mich ein, und zwar auf den Rücken und das Hinterteil. Sodann warf mich der Beamte, der mich bislang 'geschultert' hatte auf den Boden und hielt mich so fest, daß ich nur noch den Kopf bewegen konnte. Er stieß mir zudem mehrmals ein Knie heftig in die Nieren. Als ein weiterer Beamter hinzukam, wurde ich von beiden Beamten zu der Treppe, die zum D—Trakt führt, geschleppt, wobei der eine mich im Polizeigriff, der andere im Würgegriff abführte . Ich muß auch auf die Nase geschlagen worden sein, da die inzwischen blau anläuft und, wie die Ärztin sagte, weiter behandlungsbedürftig ist. Ich wurde schließlich mit einem Fußtritt ins Hinterteil in die Zelle befördert .

Kurz nach 22 Uhr kam die Bedienstete Gärtner an unseren Zellen vorbei und fragte uns, ob wir zur Anstaltsärztin wollten, was wohl zeigt, daß sie von Anfang an damit gerechnet hat, daß wir stark verletzt sein würden nach Beendigung des 'Einsatzes'."

Kontakt: Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6 Frankfurt 1, Tel.: 0611 / 40 03 92.

HERBERT SOFFEL IM HUNGERSTREIK

F RANKFURT
5. APRIL

Laut Mitteilung von Rechtsanwalt Huesmann wurde Herbert Soffel am 4. April von der JVA-Preungesheim in die Justizvollzugskrankenanstalt nach Kassel gebracht.

Sein Gesundheitszustand ist sehr ernst. Eine Untersuchung in Frankfurt ergab eine Magen/Darm- und Blasenerkrankung, verbunden mit einem hohen Blutverlust. Herbert Soffel wiegt nur noch 55 kg bei einer Größe von 180 cm.

In der Justizvollzugskrankenanstalt Kassel praktiziert der für seine Behandlungspraktiken berüchtigte Dr. Degenhardt.

Grund für Herbert Soffel, seine sofortige Rückverlegung nach Frankfurt, bzw. Haftverschonung und Behandlung in einem Krankenhaus seiner Wahl zu verlangen.

Herbert Soffel verweigert in Kassel jegliche Behandlung und Untersuchung aus Angst vor den Praktiken des Justizvollzugskrankenanstaltsarztes (in Worten: Justiz-Vollzugs-Kranken-Anstalts-Arztes) Degenhardt.

Herbert Soffel befindet sich seit seiner Verlegung nach Kassel im Hungerstreik und wird, wenn er bis zum Freitag, den 6. April nicht rückverlegt wurde, auch in den Durststreik treten.

Kontakt: ID, sowie RA Huesmann, F.-Ebert-Platz, Tel.: 0561 / 77865

FÜR EIN GEMEINSAMES NETZWERK

BERLIN
26. MÄRZ

„Netzwerk" (wir berichteten schon im ID 274 von der gleichnamigen Kasseler Initiative) soll eine alternative Selbsthilfeorganisation werden. Da es auch schon einige Schwierigkeiten gab, schickten uns Teile des ehemaligen Trägerkreises ein Flugblatt, aus dem wir zitieren:

„Die bisherige Entwicklung des Vereins läßt befürchten, daß die Zusammenarbeit in den Gruppen und zwischen den Projekten zukünftig erschwert wird. Bei der von uns erstellten Broschüre wollen wir euch und die Vereinsmitglieder über diese Entwicklung und die langfristigen Gefahren zum ersten Mal umfassender informieren.

Projekte wehren sich mit Recht gegen eine Fremdbestimmung ihrer Arbeit und eine Gefährdung ihrer Autonomie durch eine von außen bestimmte Verwendung der Mittel und Unterstützungsmaßnahmen. Die zahlenden Mitglieder wünschen zu Recht eine Kontrolle über den vernünftigen und sinnvollen Einsatz ihrer Hilfe und Mittel. Diesen Widerspruch müssen wir gemeinsam und solidarisch lösen.

Wir haben in der Broschüre nur einen ‚Rahmen-Vorschlag' vorgelegt, um niemanden zu überfahren und alle in die Diskussion mit einzubeziehen. Wir möchten zur ersten Mitgliederversammlung Ende April mit interessierten Einzelmitgliedern und Gruppenvertretern auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage einen detaillierten praktikablen Vorschlag ausarbeiten und gemeinsam der Mitgliederversammlung vorlegen; ebenso wollen wir Kandidaten für die zukünftigen Gremien vorschlagen – nach der Mitgliederversammlung per Briefwahl.

Ferner suchen wir Leute, die ihre praktischen Erfahrungen in alternativer politischer Arbeit und in alternativer Ökonomie einbringen möchten und bereit sind, kontinuierlich einen Teil der Verantwortung zu übernehmen.

Wir treffen uns am 12. 4. und 26. 4. in den Räumen der alternativen Liste Berlin, Kuno-Fischerstr. 15, Ecke Suarezstr. jeweils um 20.00 Uhr – mit euch?

Die Broschüre ist zu beziehen über:
FDGÖ , 1 Berlin 21, Erasmustr. 2 oder über Radikal, 1 Berlin 36, Eisenbahnstr. 4.



Und Gott sprach: es werde Licht; und es ward Licht.

AN ALLE BÜRGERINITIATIVEN IM GRENZBEREICH „SAAR-LOR-LUX"

LUXEMBURG
22.März

Wie ihr wahrscheinlich wisst,sollen im Dreiländereck Saarland-Lothringen-Luxemburg auf engstem Raum zwei gewaltige Atomzentralen errichtet werden, und zwar

– 2 Reaktoren zu je 1300 MW in Remerschen (Luxemburg)
– 4 Reaktoren zu je 1300 MW in Cattenom (Frankreich) (hier wurde auch schon mal von einem schnellen Brüter gesprochen).

Remerschen und Cattenom liegen an der Mosel, nur 10 (!) km voneinander entfernt; während es uns in Luxemburg gelungen ist, die Entscheidung auf unbestimmte Zeit zu verschieben (de facto-Moratorium), sieht es in Cattenom brenzliger aus: die Vorarbeiten haben bereits begonnen, vor kurzem verkündete Giscard d'Estaing den beschleunigten Bau der beiden ersten Reaktoren (die Baugenehmigung ist noch nicht erteilt, die Lokalbevölkerung hat zum Teil resigniert). Seit einem Jahr besteht eine überregionale Koordination der französischen, deutschen und luxemburgischen Atomgegner, die auch an den Internationalen Demonstrationstagen gegen AKW an Pfingsten 1979 teilnehmen wird. Cattenom ist als Demonstrationsort vorgesehen (4.Juni).

Trotz dieser überregionalen Koordination machen sich die Schwierigkeiten, die durch die Landesgrenzen bestehen, weiter bemerkbar: Sprachproblem, „Geht-uns-nicht-an-Mentalität", usw.

Wir schlagen euch deshalb ein Ostertreffen in Remerschen vor, wo wir Erfahrungen und Ideen austauschen und uns überlegen können, wie wir, vor allem so kurz vor den Europawahlen, die Grenzen etwas abbauen können. Wir würden uns freuen, euch zahlreich in Remerschen begrüssen zu können. Wir sollten dort auch besprechen, wie wir Gorleben und überhaupt die Europäische Atompolitik, besser zu „packen" kriegen.

Kontakt: ATOMIX, Anti-Atom-Zeitung für Saar-Lor-Lux-Raum
c/o Jemp Weydert, 28 Rue Jean l'Aveugle, Luxemburg
Telefon: 273 47



RASSISMUS IN FRANKREICH

PARIS | 2. APRIL *In der letzten Woche wurde in Paris die Gründung eines neuen Komitees angekündigt: „Für eine Metro ohne Rassismus." Die Gründer sind die M.R.A.P. (mouvement contre le racisme et pour l.amitiè entre les peuples.), eine antirassistische Bewegung. Sie haben als Anfang eine Aktion in der U-Bahn gestartet mit einem grünen Stern mit der Aufschrift „Schluß mit den rassistischen Identitätskontrollen". Ihre Initiative erhielt die Zustimmung von Vertretern der Linksgewerkschaften sowie der kommunisitischen und der sozialistischen Partei. Es scheint, als ob alle „linken" und demokratischen Kräfte einverstanden wären, daß dem Rassismus gegen Araber und Schwarze Einhalt geboten werden soll. Zur gleichen Zeit jedoch — seltsamer Zufall? — hat die CGT-RATP (Metrogewerkschaft) eine Kampagne gestartet, die der „Sicherheit" des Bürgers in der Metro dienen soll. Es wird verstärkter Einsatz von Polizei, Metroangestellten und verschärfte Ausweiskontrollen gefordert.*

Als ich von dieser Sache hörte, fielen mir zwei Szenen ein, die ich in Paris erlebt hatte, als ich das letzte Mal dort war, die typisch sind und mehrmals am Tag passieren können: Ich stieg in die Metro, wollte Freunde besuchen, es war schon ziemlich spät und ich hatte kein gutes Gefühl, da diese Linie durch ein zeimlich „verrufenes" Viertel führt, indem hauptsächlich Araber und Schwarze leben — teilweise in Ghettos, in denen man sehr selten Franzosen auf der Straße findet. Diese Viertel haben mich immer fasziniert, sie wirken unheimlich bunt, mit exotischen Läden, immer vielen Leuten in den Straßen; von der Brutalität dort spürt man im ersten Moment fast nichts . . . Angst habe ich nie gehabt, ich weiß aber von der Kriminalität dort, von den Vergewaltigungen dort. Auf diesen Strecken werden die alten, klappnigen Metrowagen eingesetzt (die Araber brauchen wohl keine bequemen Waggons?), die Tunnel sind dunkel und schmutzig. An jenem Abend stiegen immer mehr Leute aus, bis ich mich allein mit einem Araber befand. „Natürlich" versuchte er mich anzumachen. Erzählt mir, daß ich ihm gefalle, daß er mich kennenlernen will. Ich tue so, als ob ich nichts verstehe, hoffe, daß er aussteigt. Er wird direkter: „Ich will dich, ich bin allein, ohne Frau seit langem, kommst du mit mir? " Ich denke, es ist sinnlos und steige aus. Er folgt mir, ich denke verzweifelt, daß ich keine Angst haben muß, daß er ein armer Typ ist, ich denke an die Diskriminierung der Araber, den Rassismus, ihr Leben ohne das Recht auf Familie (Frauen), ihr ständiger Kampf um Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung, die rassistischen Parolen an den Wänden in Paris — trotzdem, ich habe Angst. Ich sage ihm, daß ich nicht schuld bin an seiner Situation, seiner Einsamkeit, daß ich allein sein will. Er wird wütend, es gibt kein „Verständnis" zwischen ihm und mir. Er packt mich, versucht mich zu küssen, dann zu schlagen, als ich mich wehre. Ich renne, zum Glück erreiche ich einen helleren Gang. Er schreit „Scheißhure" und verschwindet. Ich denke, daß die Franzosen doch Recht haben, diese Typen zu hassen . . .

Die zweite Szene am nächsten Tag, in irgendeiner Metrostation, es kann überall sein, nicht nur in den Arabervierteln. Fast an allen Ecken und Ausgängen stehen Bullen, man hat sich daran gewöhnt, daß es immer mehr werden, seit einigen Jahren in Paris. Im ersten Moment denke ich, sie werden mich anhalten, meine Papiere kontrollieren, oder die der „Hippies" neben mir. Nichts. Der einzige der angehalten wird, ist ein Araber. Sein Gesicht wird starr, er muß es hundertmal erlebt haben. Sie haben die Macht. Sie betrachten seine Papiere, irgendetwas gefällt ihnen nicht, es gibt einen Wortwechsel, er will seine Papiere greifen, blitzschnell wird er gefaßt und mitgenommen. Alle laufen weiter, weiter, sehen kaum hin, es ist ja richtig so. Ich kann es nicht in Prozenten ausdrücken, aber ich glaube, es gibt sehr viele Franzosen, die es gerne sehen und gerne dazu betragen würden, wenn die Araber aus ihrem Land verschwinden würden. Und selbst „Liberale" wollen nichts mit ihnen zu tun haben. Ich erinnere mich an ein Mädchen, Studentin, die zu mir sagte, „Was , in diese Gegend gehst du, da wohnen doch lauter Araber". An jenem Tag in der Metro war ein Franzose bei mir gewesen, selbst engagiert in der Anti-Psychiatrie. Er hatte gesagt: „Klar, scheiße, aber was willst du denn schon machen, Paris ist brutal." Er sah weg, wollte die Szene nicht sehen. Der Rassismus in Frankreich hat mich immer geschockt, vielleicht weil ich Frankreich gegenüber Deutschland „anders" sehen wollte. Ich erinnere mich, wie ich vor zwei Wochen ein Lokal verlassen mußte, weil ich in Begleitung eines Arabers war. Für ihn war es doppelt schlimm, nicht nur eine Beleidigung seiner Nationalität, sondern auch für ihn als „Mann", in dieser Situation so hilflos zu sein. Man kann die Liste endlos verlängern mit Beispielen, die die Verachtung und Hetze gegen die Araber belegen. Trotzdem, und obwohl die alten Kolonialgesetze (die eine leichte Einwanderung nach Frankreich ermöglichten), seit 1974 außer Kraft gesetzt sind, kommen die Araber immer noch nach Frankreich, nach Paris . . . die „Faszination der Metropole" ist noch lebendig.

Ich empfehle allen, die nach Frankreich oder Paris fahren, mal ander Metrostation Barbes-Rochechouart auszusteigen und sich dort das Viertel „Goutte d'Or" anzusehen. Oder den Boulevard Rochechouart hinunterzugehen, der voll mit Schießbuden, Pornoläden, allen Sorten von aggressiven Spielapparaten usw. ist, und ein gutes Bild von dem täglichen Leben der Araber gibt.

MRAP, 120 rue St. Denis, 75002 Paris.



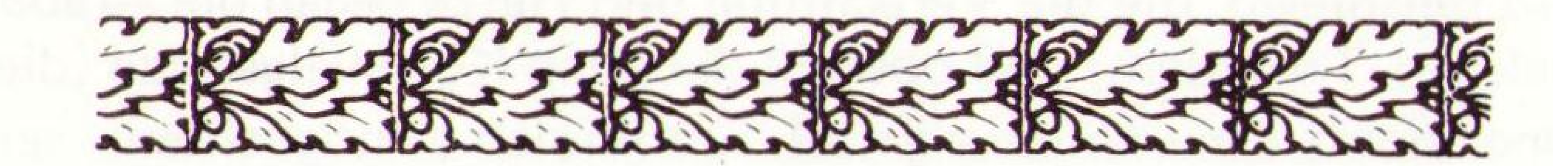
BLUFF ODER ENDE DER HERRSCHAFT?

Letzten November holte der jedesmal zur journalistischen Sauregurkenzeit für bankrott erklärte ugandische Staat zu einem neuen Schlag aus: "Schwarze Faschisten" (Nyerere) starteten einen Angriff auf Tanzania, während Idi Amin eine konzertierte Aktion aus Regierungsverantwortlichen, traditionellen Chefs und Geschäftsleuten einberief, um eine neuerliche Krise (oder die alte) zu meistern. Tanzania startete zur Gegenoffensive, die zu Beginn dieses Jahres die überraschende Wende brachte.

Mit von der Partie beim Einmarsch nach Uganda waren ausser 10.000 tanzanischen Soldaten Oppositionelle unterschiedlicher Schattierungen: unter anderem der Uganda People's Congress (die jüngere Generation der Obote—Anhänger); das Uganda National Movement (geführt von dem Royalisten Barrigue, einem Nachkommen des 1966 von Obote entthronten Königs von Buganda); dem Uganda Liberation Movement (einer Art militanter Linker); sowie dem Save Uganda Movement.

Obote, der im Januar 1971 von Amin gestürzt worden war und sich als Führer der Opposition im Exil ausgab, versuchte schon 1972 ein comeback, aber eine Rückkehr nach Uganda scheiterte und Obote wurde von der tanzanischen Regierung zum Schweigen verpflichtet. Als sich 1977 eine nationale Oppositionsfront bilden wollte, scheiterte das an den Ambitionen Obotes, die Front anzuführen und erst angesichts der prekären Lage, in der sich Amins Truppen befanden, bildete sich im März in Moshi die Ugandische Nationale Befreiungsfront, an deren Spitze nun Yusuf Lule — der ehemalige Vizekanzler der Universität Makerere — steht.

Während die Gegner Amins auf dem Vormarsch in Uganda waren, zeigte die festeste und einzige Säule der aminischen Herrschaft, das Militär, erste Risse: zahlreiche Soldaten warfen ihre Uniformen fort und suchten in der Bevölkerung unterzutauchen und selbst die Eliteeinheit des Kamikaze—Bataillons (bataillon suicide) quittierte schnell den Dienst und lief über.



Schließlich blieb Amin Anfang März nicht viel mehr als seine 3 - 4000 Mann starke Leibgarde aus Nubiern aus dem Süd-Sudan und einer mehrere Hundert Mann zählende Gruppe von libyschen "Beratern". Die Libyer waren es auch, die in der für Amin offensichtlich aussichtslosen Lage eine Luftbrücke Tripolis - Entebbe aufrechterhielten und ihn mit Munition und Waffen versorgten. Auch durch Kenya sollten Verstärkungstransporte nach Uganda rollen.

Am 13. März verkündete Amin anläßlich der Eröffnung der "Islamischen Bank für afrikanische Entwicklung' die Beteiligung von Palästinensern und Libyern an dem Krieg gegen "Zionismus und Imperialismus". Am 26. März schien es dann soweit zu sein: Radio Entebbe verkündete die Einnahme Entebbes durch die Eindringlinge. Aber wie schon so oft erwies sich diese Meldung als eine Finte. Und auch als er meldete, daß er von Feinden umzingelt sei, umgaben ihn lediglich die eigenen Truppen. Möglicherweise versucht Amin, auf dem Rückzug nach Nord—Uganda, in sein Heimatgebiet, noch einen ihm gemässen Abgang zu machen. Aber zumindest bleibt die grosse Wende, die man sich möglicherweise von dem Krieg und dem Sturz der Diktatur erwartet hatte, aus. Niemand kann absehen, wer die neue Regierung des zersplitterten Landes übernehmen soll, denn die Opposition ist unter sich in zahlreiche Gruppen unterschiedlichster Couleur gespalten und auch von innen deutet nichts auf einen — in Anbetracht des stets verkündeten jahrelangen Terrorregimes — massenhaften Widerstand hin, der eine tragfähige Regierung hervorbrächte.

Ende letzter Woche verkündeten die Medien schließlich den Angriff auf Kampala, während in den 'befreiten' Städten im Süden die Nationale Befreiungsfront Befreiungskomittees gründet. Amin indes läßt mal von hier mal von dort von sich hören ohne daß genaue Aussagen über den Stand der Situation gemacht worden wären. Das große Rätsel "Bluff oder Ende der Herrschaft", wie es Liberation formulierte, ist bislang ungelöst.

DIE REVOLUTION IM IRAN (2. Teil)

FRANKFURT/TEHERAN 4. APRIL '79 *Die bewaffnete Auseinandersetzung im Iran, die letztendlich zum Machtwechsel führte, begann in der Nacht vom Freitag auf Samstag, dem 9./10. Februar. Der in Frankfurt lebende Perser Hamid (siehe ID 271, 275) hat die Tage der bewaffneten Auseinandersetzung in Teheran erlebt:*

Mir ist in jener Freitagnacht aufgefallen, daß wieder von allen Dächern „Gott sei groß" gerufen wurde, und daß geschossen wurde. Doch meine Verwandten und Freunde beruhigten mich: das sei nichts Ungewöhnliches, zumal es Freitag, das ist der persische Sonntag, sei. Ich bin dann am Samstag in die Innenstadt gefahren, um Zeitungen zu kaufen, und da sah ich, wie alle Autos (zu dieser Zeit gabs schon wieder ausreichend Benzin im Inland) an den Straßenrand gewunken wurden. Durch die Gasse in der Mitte raste eine Autokolonne; die Fahrer oder Beifahrer hielten in der rausgestreckten Hand Material, das sie beförderten, um damit die Wichtigkeit des Transports zu signalisieren. Da war Verbandsmaterial, medizinische Konserven, Bettwäsche etc. Ich war ganz verwirrt, was war passiert? Erst jetzt erfuhr ich, daß seit Mitternacht im Osten der Stadt die bewaffneten Auseinandersetzungen im Gange waren.

Als Arzt bin ich sofort ins nächstgelegene Krankenhaus. Dort wurde mir gesagt, ich soll versuchen, in den Ostteil zu kommen. Die drei großen Krankenhäuser seien überbelegt, die Ärzte und Schwestern überlastet. Doch es war einfach nicht möglich, in den umkämpften Stadtteil zu kommen; immer wieder versperrten mir Soldaten mit entsicherten Maschinenpistolen den Weg. Da bin ich zu den Universitätskliniken, die im Westen liegen, gefahren, zum Sitz eines Ärztekomitees, das schon die ganze Zeit über Einsätze für Notfälle koordinierte. Dort erfuhr ich, daß 400 Ärzte alarmiert und bereitgestellt worden seien.

Inzwischen war es Samstag, so zwölf, halbeins. Ich habe mich ins Auto gesetzt und Nachrichten gehört: Ajatollah Khomeini ließ verkünden, es sei noch nicht zum heiligen Krieg aufgerufen worden, aber man solle sich verteidigen, wenn man angegriffen werde. Diese ständige Durchsage sollte die Bevölkerung beruhigen — aber in verschiedenen Ecken von Teheran war längst schon Krieg, der Führung war die Entwicklung enteilt.

Vor den Universitätstoren waren Sandsäcke aufgetürmt. Die Leute rechts und links davon waren mit Maschinengewehren bewaffnet, die sie aus der Luftwaffenkaserne geholt hatten, deutsche Waffen, G 3, die 20 Schuß automatisch abfeuern und sehr einfach zu bedienen sind. Auch ein Priester, ein Mullah, war darunter. Er rief immer wieder: „Der Führer hat noch nicht zum Heiligen Krieg aufgerufen, aber wir haben uns bewaffnet. Wir haben genug Waffen, und damit ihr wißt, daß wir auch Munition haben, schieße ich jetzt in die Luft!"

Ein Stück weiter die Straße runter standen drei, vier Busse. In sie sollten all jene einsteigen, die Waffen bedienen können und einen Militärschein haben, denn in der Luftwaffenkaserne im Osten der Stadt waren die Munitiondepots geöffnet, es wurden Waffen ausgegeben.

Um zwei Uhr kam dann die Nachricht durchs Radio, daß ab halb fünf Ausgangssperre, Ausgangsverbot sei. Wenig später fuhren Lautsprecherwagen durch die Straßen und verbreiteten einen Aufruf von Khomeini, in dem es hieß: Geht nicht in eure Häuser, bleibt alle auf der Straße, greift nicht an, seit aber wachsam. Bleibt nicht im Zentrum, geht in euer Stadtviertel.

Ich bin nach Hause gefahren, und wir sind zu Hunderten bis etwa ein Uhr nachts immer durchs Viertel marschiert, bewaffnet mit Stöcken und Eisenstangen. An den Kreuzungen haben wir Barrikaden gebaut, wie in anderen Stadtteilen auch, haben Rei-

fen angezündet, damit wir ein wenig Licht hatten. Ununterbrochen hörte man Schüsse. Zu Hause habe ich später mit Freunden und Verwandten in anderen Stadtteilen telefoniert und erfahren: eben haben wir eine Polizeiwache erobert, ein Hubschrauber ist gerade runtergekommen... Rundfunk und Fernsehen waren zu dieser Zeit noch immer in den Händen des Militärs. Erst am Sonntagmittag meldete der Rundfunk, die Radiostation sei erobert worden.

Ich bin am Sonntagfrüh nach sechs losgegangen und mit einigen Anderen auf Um- und Schleichwegen in den Osten von Teheran gekommen. Da sah es aus wie im Krieg: alle Kreuzungen waren mit Sandsäcken verbarrikadiert. Ich war erstaunt, woher die in solch kurzer Zeit so viele Sandsäcke hatten.
In diesem Stadtteil wohnen kleine, mittlere Angestellte und viele Arbeiter. Alle Bewohner waren in den schmalen Straßen,und aus den Töpfen, die auf den kleinen Treppen zum Eingang eines jeden Hauses standen, wurden am laufenden Band Molotowcocktails hergestellt, zumeist von Frauen: Eine hat Seife gerieben, die nächste hat mit einem Trichter Benzin in Flaschen gefüllt, die dritte hat ein bißchen Öl dazugegeben, die vierte den Docht reingesteckt, eine weitere die Flasche verschlossen. Kinder haben die Flaschen von beiden Straßenseiten eingesammelt und in Kartons zu den Barrikaden und auf die Dächer der Häuser gebracht. Dieses Bild hat das ganze Stadtviertel beherrscht, es waren alle beteiligt.
Diejenigen, die schon Waffen hatten, waren bei den Sandsäcken. Sie haben die Stellungen nie geräumt. Sie wurden mit Essen und Tee versorgt, mit allem was sie brauchten. Die militärische Leitung lag ganz in den Händen der Guerillas, die über Funk zu anderen Stellungen Kontakt hielten, die zum Teil auch mit Handgranaten bewaffnet waren.

Ab und zu griff das Militär mit gepanzerten Fahrzeugen an. Dann flogen von allen Seiten, vor allem aber von den Dächern, Molotowcocktails, bis irgendeine Ecke der Fahrzeuge Feuer gefangen hatte.
Ich bin zu einem kleinen Krankenhaus geführt worden vom Roten Löwen und Schwert, dem persischen Roten Kreuz. Es gab dort nur drei Chirurgen, einen Anästesisten und einige Schwestern, die alle nicht zur eigentlichen Belegschaft gehörten. Immer wieder wurden neue Verletzte eingeliefert, selbst die Flure waren schon heillos überfüllt. Kurz vor meiner Ankunft wurde der Operationsraum von einem Panzer angegriffen. Eine Schwester, am Kopf getroffen, war auf der Stelle tot. Das hat eine ziemliche Panik im Personal ausgelöst, weil es hieß, daß alle Krankenhäuser angegriffen werden. Zudem war das Krankenhaus Kommandozentrale. Es saß da ein Oberst der Luftwaffe – die hatten sich ja als erste auf die Seite der Revolution geschlagen – und erteilte über einen Verbindungsoffizier Befehle nach draußen. Dann waren viele blauuniformierte Luftwaffensoldaten auf dem Dach hinter Sandsäcken an schweren Maschinengewehren. Der Raum hinter der Ambulanz im Keller war Munitionsraum, ein anderer Gefängnis.

Da haben wir gearbeitet, so gut es eben ging, haben immer wieder Erstversorgung gemacht: Verbände angelegt, die Verletzten an Blut angehängt, Schocks behandelt. Zuerst haben wir auch noch ziemlich hygienisch gearbeitet, später war es aber nicht mehr möglich. Da habe ich keine Zeit mehr gehabt, Handschuhe anzuziehen, da haben wir einfach so eingegriffen. Die Leute, die gebracht wurden, hatten zumeist Schußwunden in allen Körperteilen; Schüsse in der Brust, Schüsse im Kopf, Schüsse in Armen und Beinen, Schüsse im Bauch. Es wurde nicht gezielt geschossen, sondern einfach reingehalten.



Die Leute von Teheran freuen sich, denn der Schah ist fort. Sie haben die Scheibenwischer der Autos nach vorn geklappt und lassen sie vergnügt tanzen.

SEMINAR ZUR HOCHSCHULPOLITIK

BONN
42. MÄRZ

In der letzten Zeit ist die Berichterstattung über die politische Situation an den Hochschulen und die Lage fortschrittlicher Studentenpolitik weitgehend in der linken Presse zurückgegangen. Das liegt einerseits an der politischen Krise , die insbesondere die Basisgruppenbewegung aber auch die Hochschulgruppen der Organisationen der Neuen Linken erfaßt hat, zum anderen aber an der kaum zu übersehenden repressiven Befriedung des studentischen Widerstandspotentials.
Bei uns, der Basisgruppenfraktion in den VDS, liegt der Informationsfluß so weit im Argen, daß wir im Wesentlichen auf die Informationen in der bürgerlichen Presse angewiesen sind, die ja, was nicht zu übersehen ist, ein gesteigertes Interesse daran hat, die staatsverdrossene Jugend wieder unter reformistisches Stimmzettelverhalten zu integrieren.
Aus diesem Grunde werden die in der Basisgruppenfraktion der VDS zusammengeschlossenen ASten und lokalen Arbeitsgruppen, deren Mitglieder nahezu alle in den diversen Hochschulzeitungen und Alternativprojekten mitwirken, in der Zeit vom 24. - 27. Mai 79 ein Seminar mit dem Thema „Informationspolitik, studentisches Pressewesen und Gegenöffentlichkeit" in Wuppertal durchführen. Dabei streben wir an, daß Redakteure der lokalen Hochschul- uhd Basisgruppenzeitungen, Pressereferenten der ASten und Genoss(inn)en, die in diese Arbeit einsteigen wollen, gemeinsam mit Vertretern überregionaler publikationsorgane von studentischen Organisationen, die im Spektrum der undogmatisch-sozialistischen Basisgruppenpolitik angesiedelt sind, über die Verbesserung unseres Informationsflusses und der Herstellung einer linken Gegenöffentlichkeit diskutieren und für eine verbesserte Praxis relevante Schritte einleiten.
Wir wären daran interessiert, mit Vertretern linker Publikationsorgane (Zeitungen, Magazinen und Publikationsreihen linker Verlage) ins Gespräch zu kommen, um die Zusammenarbeit mit der Hochschule zu Projekten und Organisationsansätzen der Neuen Linken weitergehend zu strukturieren.
Anmeldungen und Kontakt bei: **Jutta Schultes, Friedrich Ebertstr. 146, 56 Wuppertal 1, tel.: 0202 / 31 16 89 oder c/o AStA Gesamthoschschule Max Horkheimerstr. 21, 65 Wuppertal 1, Tel.: 0202 / 434 930**

ERINNERUNG AN DIE REVOLUTION

FREIBURG
23. MÄRZ

Im Mai vergangenen Jahres wurde in Freiburg das „Volksfest zur vergessenen badischen Revolution von 1848 / 49" organisiert. Wir wollten ein Stück demokratischer badischer Heimatgeschichte aufleben lassen, daß uns zu Unrecht fast vergessen schien. Während der Vorbereitungszeit kamen wir auf die Idee, die Ergebnisse unserer Geschichtsaufarbeitung festzuhalten. Die Musiker und Liedermacher, die während des Festes zwei Abende gestalteten, besangen, bzw. bespielten mit ihren historischen und neuen Liedern eine Schallplatte, die jetzt im Trikont-Verlag/München vertrieben wird. Einige Amateur-Filmer hielten den Festumzug in der Freiburger Innenstadt in Bild und Ton fest und ergänzten ihn mit historischen Bildern. Der Film und die Schallplatte, der ein umfangreiches Beiheft beiliegt, bilden somit ein Lehstück über regionale demokratische Traditionen und deren Aufarbeitung.

Film und Schallplatte können bestellt werden. Der Film bei Klaus Labudde, Sulzburger Str. 28, 7800 Freiburg, Tel.: 0761 / 49 35 23. Die Schallplatte bei: Trikont-Verlag, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

"ZWEI SCHWULE MÄNNER ADOPTIEREN, VON GERICHT BESTÄTIGT, EIN KIND"

(Aus: GAY COMMUNITY NEWS, Jahrg. 6, Nr. 32 vom 10.3.79)

In einem wohl bisher einmaligen Vorgang wurde zwei offen schwulen Männern, die zusammenleben, das Recht zugestanden, einen zwei Jahre alten Jungen zu adoptieren. Die Adoption Robert David Dykes durch den Kinderarzt Dr. Albert Lanny Dykes und seinen Freund, den Pastor der San Francisco Metropolitan Community Church Rev. Jim Dykes, wurde am 12. Januar 79 vom Supreme Court in Los Angeles bestätigt.

Das Paar trat während des ganzen Adoptionsverfahrens offen homosexuell auf und nach Aussage von Rev. Dykes entstanden von daher auch keine Schwierigkeiten bei der Adoption. Rev. Dykes sagte einem Reporter der Philadelphia Gay News: "der Sozialarbeiter sagte uns: 'Sie zwingen uns zu einer politischen Entscheidung, sie bringen es auf den Punkt: was können wir gegen einen Kinderarzt und einen Pfarrer haben, die ein Kind aufziehen wollen' ..."

Da nach kalifornischem Gesetz schwule Ehepaare nicht anerkannt werden, ist Dr. Dykes offiziell der Vater des Kindes, während Rev. Dykes – der den Namen seines Freundes vor einigen Jahren annahm – als Vormund des Kindes anerkannt wird. Obwohl das Paar im Vertrag unterzeichnet hat, "daß wir nach unserem Willen in einer langdauernden Beziehung leben wollen", wird die Adoption offiziell nur als die eines Elternteils geführt.

Die Adoption selbst kam durch direkten Kontakt mit den leiblichen Eltern des Kindes zustande. Dies war möglich, weil das kalifornische Gesetz sog. unabhängige Adoptionen erlaubt, welches die zwangsweise Einschaltung einer Adoptionsbehörde beseitigt. Teil des Adoptionsvertrages ist, daß die beiden Männer damit einverstanden waren jährlich den leiblichen Eltern einen Bericht über das Kind zu schicken, bis zum Alter von 16 Jahren. Jedoch wird er bis zu diesem Alter keinen direkten Kontakt zwischen dem Kind und seinen leiblichen Eltern geben.

Rev. Dykes sieht jedoch ganz klar die Probleme, die für das Kind entstehen können. "Unser grundlegendes Prinzip Robert gegenüber wird sein, ihm immer ehrlich und wahrheitsgemäß gegenüberzutreten, und zu sagen: so sind wir, wir lieben uns und daß wir ihn ausgesucht haben mit uns zu leben, weil wir ihn mögen. Daneben werden wir mit den anderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, sollten sie kommen", sagte Rev. Dykes.

Die beiden sagen, daß sie ihren Sohn über Homosexualität aufklären werden, genauso wie über Sexualität im Allgemeinen – "wenn er fragt, werden die Fragen beantwortet, die er stellt".

Die beiden Männer würden gerne noch ein Kind adoptieren. "Unser Wunsch ist, als nächstes Kind ein Mädchen".



BUNDSCHUH GEGEN DAIMLER BENZ

ERLANGEN
3. April '79

In der Erlanger Stadtzeitung „Was Left", dem Heft 26 vom April 1979, haben wir den Artikel zum Teststreckenprojekt von Daimler Benz gefunden (siehe auch ID 245: „Keine Daimler-Benz Teststrecke im Main-Tauber-Kreis"). Die Anschrift von „Was Left": **Altstädter Kirchenplatz 7, 852 Erlangen, Tel.: 09131/277 89.**

Die Daimler-Benz AG plant seit längerer Zeit auf den Gemarkungen der Stadt Boxberg und der Gemeinde Assamstadt im baden-württembergischen Frankenland die Errichtung einer gigantischen Teststrecke. Auf einem Oval von fast fünf Kilometer Länge und 1,5 Kilometer Breite sollen eine Hochgeschwindigkeitsstrecke (bis 300 km/h) von über zehn Kilometer Länge und weitere Testanlagen (beispielsweise eine Betonplatte von 500 Meter Durchmesser) entstehen. Für dieses Teststreckenmonster sollen ca. 700 Hektar bestes Ackerland (überwiegend Vorrangflurstufe I) mit Zäunen, Bewachungsanlagen und Sichtblenden hermetisch von der Umgebung abgetrennt, betoniert und asphaltiert werden. Weitere 50 Hektar dürften für zusätzliche Straßenbauten verloren gehen.

Die Anlage soll zudem so angelegt werden, daß im Krisenfall dort Großraumflugzeuge starten und landen können. Diese Art, die 'Testanlage' zu nutzen, wird natürlich von den offiziellen Stellen bestritten, doch die Fakten sprechen für sich: Die Teststrecke soll zwei annähernd vier Kilometer lange, völlig horizontal verlaufende Rollbahnen von mehrfacher Autobahnbreite erhalten. In unmittelbarer Nähe entsteht gegenwärtig bereits ein NATO-Tanklager mit einer Kapazität von vielen Millionen Litern. Der vorläufige Bebauungsplanentwurf sieht außerdem eine Verbindung von Tanklager und 'Teststrecke' mittels einer Treibstoff-Pipeline vor.

Es stellt sich die Frage, warum dieses Projekt ausgerechnet auf den besten Ackerböden und zudem in einem welligen Gelände, das den Bau verteuert, entstehen soll. Die Antwort ist leicht zu geben: Mitten im beanspruchten Areal liegt der „Seehof" mit über 200 Hektar Fläche. Besitzer war bis zum Verkauf an die als Strohmann für die Daimler-Benz AG auftretende „Landsiedlung Baden-Württemberg" der in Amorbach (Odenwald) residierende Fürst Emerich zu Leiningen. Seiner Durchlaucht aber werden sehr enge Bindungen finanzieller Art zum Hause Daimler-Benz nachgesagt. Nachdem noch die Filbinger-Regierung dafür gesorgt hatte, daß der Leininger seinen Millionengewinn aus dem Seehof-Verkauf in anderen Ländereien anlegen konnte, war dieser mit der Daimler-Benz AG handelseinig geworden.

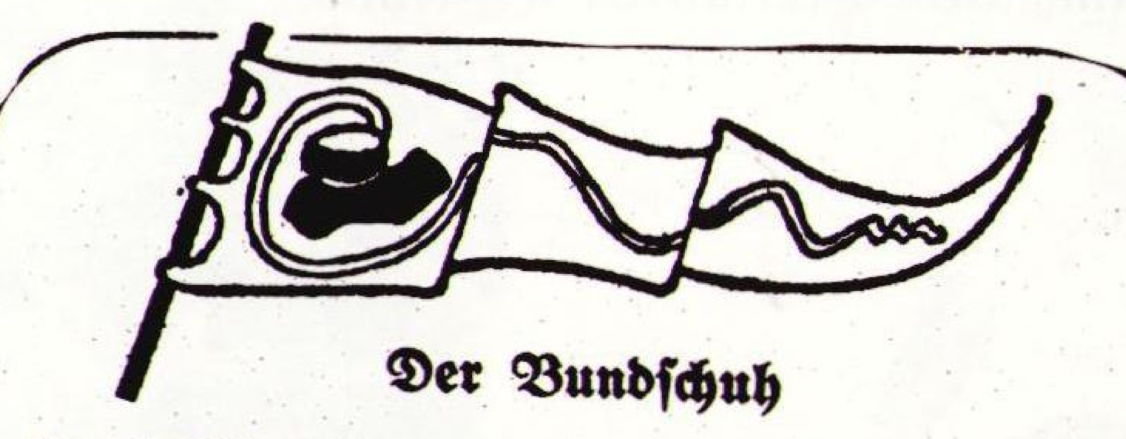
Zu den 200 Hektar der Seehof-Fläche kamen, nachdem die kurzsichtigen Boxberger Stadträte ihrem karrieresüchtigen Bürgermeister Franz Zipperle (die Bauern nennen ihn nur noch „Franz Daimler, den Bauernkiller") grünes Licht gegeben und sowohl der Kreisrat und der Assamstädter Gemeinderat den Daimler-Plänen zugestimmt hatten, Grundstücke aus kommunalem Besitz und einige wenige von privaten Verkäufern. Am Jahresende 1978 hatte das „gemeinnützige Siedlungsunternehmen des Landes Baden-Württemberg" im Auftrag der Daimler-Benz AG 346 Hektar mit Vorverträgen an sich gebracht. Diese 346 Hektar liegen nun keineswegs nur auf dem geplanten Teststreckengelände, sondern auch in der Umgebung. Das Land außerhalb des 'Testareals' soll dazu dienen, die Grundstücke der nicht verkaufsbereiten Bauern im Wege der Flurbereinigung zu verlegen, die unter dem Vorwand der Neu-Trassierung einer Bundesstraße durchgezogen werden soll, obwohl die letzte Flurbereinigung erst einige Jahre zurückliegt. Dagegen wenden die Bauern ein, daß sie kein gleichwertiges Land bekommen können, weil nun mal die besten Böden zubetoniert werden sollen und ihnen ausserdem die Pachtflächen verloren gehen. Alle Bauern des betroffenen Gebietes bewirtschaften meist mehr zugepachtetes Land als ihnen selbst gehörende Flächen. Sie können sich unschwer ausrechnen, daß sie, wenn dieses Projekt je Wirklichkeit werden sollte, ihre selbständige Existenz verlieren und um einen der Hilfsarbeiterplätze bei Daimler-Benz betteln müßten.

Dies ist aber das letzte, was die Bauern wollen. Deshalb leisten sie seit einem Jahr Widerstand.

Die Auflehnung gegen die unheilige Allianz von Landesregierung und Großkapital hat für die Betroffenen mitunter schmerzliche Konsequenzen. Der Streit geht manchmal mitten durch die Familien, trennt die ältere von der jüngeren Generation, oder zerschneidet verwandtschaftliche Bindungen.

Einer der Köder, den die Daimler-Benz AG und ihre politischen Helfershelfer ausgeworfen haben, heißt Arbeitsplätze. Ganze 150 sollen es sein für 750 Hektar Land. Rechnet man die 50 Arbeitsplätze ab, die in der Landwirtschaft zerstört würden, dann bleiben noch 100 Hilfsarbeiterplätze übrig. Dazu kommen noch recht vage Versprechungen über die Ansiedlung von Zulieferfirmen.

Der zweite Köder ist ein sogenannter 'Projektzuschlag' von 1,50 DM pro Quadratmeter. Da die Bodenpreise in diesem Gebiet extrem niedrig sind, kann Daimler für 4,- bis 4,50 DM pro Quadratmeter das Ackerland und für 2,- bis 2,50 DM pro Quadratmeter den Wald ankaufen.



Der Bundschuh

Sie beschlossen, ein Banner aufzuwerfen und ein charakteristisches Bild in dasselbe zu malen, damit „ihnen der gemeine Mann zuliefe". Der Ritter trug als besondere Auszeichnung Stiefel, der Bauer, als Zeichen seiner Untertänigkeit und Unfreiheit, Schuhe, gitterartig vom Knöchel an mit Riemen aufwärtsgebunden. Dieser allgemein getragene Bauernschuh hieß von dieser Art des Bindens „Bundschuh". Einen solchen Bundschuh ward beschlossen, in das Banner zu malen.

Die beiden Köder werden von Daimler-Benz auch kombiniert eingesetzt. Wer mindestens drei Hektar Land an die Landsiedlung verkauft, der bekommt einen Arbeitsvertrag als Streckenarbeiter, Wachmann oder Wagenwäscher. Dieser Arbeitsvertrag unterscheidet sich von den sonst üblichen nur dadurch, daß er keine Probezeitregelung enthält; kündbar ist er jederzeit.

Da mit der Angst der Menschen um einen Arbeitsplatz virtuos gespielt wird, haben sich auch schon einige gefunden, die zu den genannten Bedingungen Land verkauft haben.

...

DIE 'BUNDSCHUH'-ALTERNATIVE

Die in der „Interessengemeinschaft gegen die Daimler-Benz-Teststrecke" zusammengeschlossenen Bauern haben nun am 11. Januar 1979 die land- und fortwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft BUNDSCHUH gegründet, deren Eintragung in das Genossenschaftsregister bereits beim Amtsgericht Tauberbischofsheim beantragt ist.

Mit ihr soll der eigene Zusammenhalt gestärkt und Kapital zum Landkauf angesammelt werden. Die wichtigste Überlegung dabei ist, die Last des Widerstands nicht allein auf den Schultern der rund 150 unmittelbar Betroffenen ruhen zu lassen, sondern

auf Tausende aus nah und fern, auf Bauern und Städter, auf Arme und Reiche zu verteilen. Verbunden werden diese Menschen durch das gemeinsame Bewußtsein, daß sie es nicht länger mehr den Machern und Technokraten, gewissenlosen Politikern und Vertretern des Großkapitals überlassen dürfen, was mit ihnen und ihrer Umwelt geschieht.

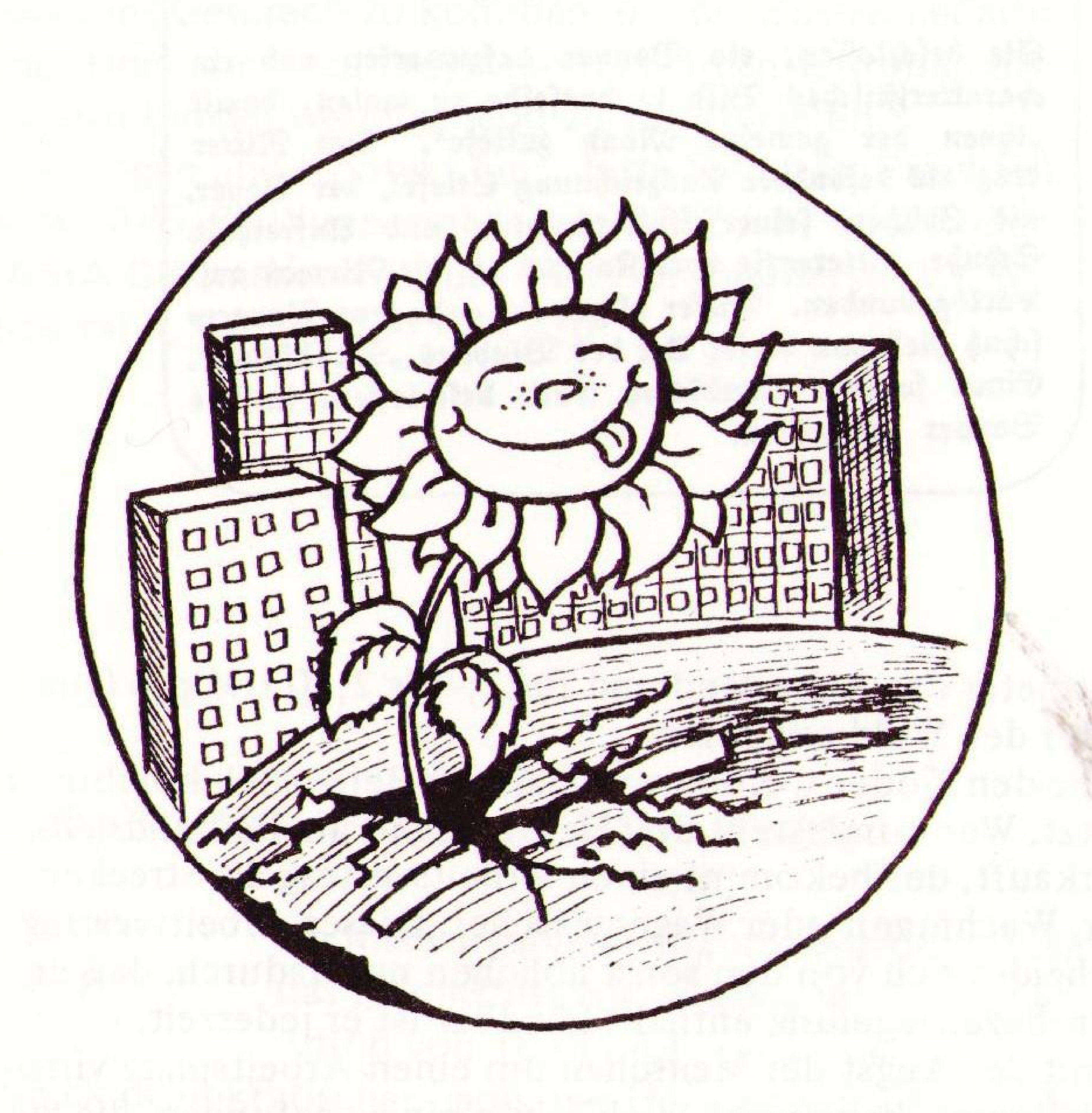
Die BUNDSCHUH-Genossenschaft will aber nicht dabei stehen bleiben, den ursprünglichen Zustand zu erhalten. Sie will entwickeln – aber menschen- und landgerecht. Dazu soll der „Seehof" in ein ausbildungs- und arbeitsintensives Mustergut für biologisch-dynamischen Landbau umgewandelt werden. Welch ein Glück, daß der Fürst endlich weg ist! Jetzt können hier mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als sie Fürst und Daimler-Benz AG dieser Region jemals hätten bieten können.

Bevor dies Wirklichkeit wird, ist noch ein langer und harter Kampf zu bestehen, denn Daimler-Benz hat in dieses Projekt bereits Millionen und Landes- und Kreispolitiker viel Prestige investiert.

Dafür, daß der BUNDSCHUH am Ende siegen wird, wären nun noch eine Vielzahl von rechtlichen Gründen ins Feld zu führen. Der BUNDSCHUH wird sich aber nicht auf die Verteidigung seiner Rechtspositionen beschränken, sondern diejenigen, die für die Realisierung des 'Teststreckenprojekts' bisher Gesetz und Recht verletzt haben, politisch angreifen.

Biologisch-dynamischer Landbau

Er kann erst realisiert werden, wenn das Daimler-Projekt abgeschlagen ist. Gegenwärtig arbeiten die im BUNDSCHUH zusammengeschlossenen ortsansässigen Bauern alle noch konventionell mit Kunstdünger. Demnächst sollen aber schon in Wochenend-Seminaren die theoretischen Grundlagen für die biologisch-dynamische Anbauweise vermittelt werden.



Ferienwohnungen

Gegenwärtig gibt es noch keine Ferienwohnungen. Der BUNDSCHUH hat aber bereits begonnen, leerstehenden Wohnraum daraufhin zu prüfen, ob er als Ferienwohnung geeignet ist. Solche Wohnungen oder Einzelzimmer sollen von der Genossenschaft angemietet und an Genossen langfristig oder nur für Ferienaufenthalte und einzelne Übernachtungen vermietet werden. Die ersten Einzelzimmer werden bereits in wenigen Tagen zur Verfügung stehen.

Mitgliedschaft

Im BUNDSCHUH können nur Einzelpersonen Mitglied werden. Es ist erwünscht, daß nicht nur der sogenannte 'Familienvorstand' beitritt, sondern alle Familienangehörigen – von den Jüngsten angefangen. Vereine und Verbände können nicht Mitglied werden, der zu zahlende Geschäftsanteil beträgt mindestens 100,- DM, natürlich ohne Grenze nach oben. Seit der Gründung der BUNDSCHUH-Genossenschaft sind ihr mittlerweile rund 300 Leute beigetreten. Jedoch noch immer werden Genossen gesucht!

Die Grüne Liste Erlangen will deshalb mit ihrer finanziellen Unterstützung einen ihrer Leute der Genossenschaft beitreten lassen, um die Bauern gegen den Automobilkonzern zu unterstützen. Nachmachen erwünscht!

Drum für Erlanger, Nürnberger oder andere, die vielleicht der Genossenschaft beitreten wollen, hier die Adresse für Anfragen nach Satzung und Beitragsbestimmung:

BUNDSCHUH-Genossenschaft, 6973 Schwabhausen.

STOPPT DIE ALLGÄU-AUTOBAHN JETZT!

WEITNAU 2. April Bericht über eine Bürgeraktion im Weitnauertal (liegt zwischen Kempten und Lindau):

Das Allgäu ist eine der letzten unberührten Erholungslandschaften der Bundesrepublik. Im Allgäu gibt es keine Schwerindustrie und keine Autobahnen – bis jetzt. Das weiß mancher Gast zu schätzen. Die Wirtschaft des Allgäus profitiert mindestens zu einem Drittel vom Tourismus.

Das wird jetzt anders werden, denn Regionalplaner und einige Industrie- und Handelskammern in der Region versuchen seit 10 Jahren, mehr Straßen ins Allgäu zu bekommen, da sie die Rechnung aufstellen: In Ballungsgebieten gibt es viel Straßen, also brauchen wir Straßen, dann werden wir auch bald Industrie bekommen. Jetzt sind zwei Autobahnen gleichzeitig im Bau, eine – die Nord-Süd-Verbindung Ulm-Kempten – ist bereits fertiggestellt. Gebaut wird eine Autobahn über Memmingen-Leutkirch nach Lindau und parallel dazu eine über Kempten nach Lindau.
Es handelt sich bei der letzteren um die A 98, die inzwischen heftig umstritten ist. Sie sollte von Basel bis hinter München gebaut werden, da aber nun die anderen Streckenabschnitte umstritten sind, wird vorerst nur ein Torso gebaut von Kempten bis Weitnau. Hier gab es nämlich zunächst keinen Widerstand, weil die Allgäuer sich längst mit der Planung abgefunden hatten.

Während die Zerstörung des Weitnauer Tals, das eines der stillsten im Allgäu war, bereits im Gange ist, (die Brücken sind errichtet,die Erdbewegungen im Gange) sind für die anderen Teilabschnitte noch nicht einmal Raumordnungsverfahren, geschweige denn Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Die Aktion im Weitnauer Tal am Sonntag, dem 25.März entsprang somit dem Mut der Verzweiflung. Vor einem Brückenteilstück und Baufahrzeugen hatten sich rund 500 Menschen versammelt, alt und jung, die Bäume auf die Trasse pflanzen wollten.

Wohl einmalig für eine solche Protestaktion ist es gewesen, daß die Protestierer eine Messe auf dem Autobahngelände feierten und sich im „christlichen Geiste" gegen eine Zerstörung ihrer Natur und Heimat wandten.

Hier fanden sich also CSU-Wähler und jugendliche Linke vereint im Kampfe um ein Stück ihrer Heimat, und entsprechend war die Stimmung beim Bäumepflanzen und der nachfolgenden Messe. Die Blasmusik spielte und später drückten die jüngeren Teilnehmer ihre Wut noch auf ihre Art aus, mit Liedern zur Gitarre, aber beide Arten der Artikulation waren Teil eines gemeinsamen Protestes.

Viele Allgäuer, die noch vor ein paar Jahren sagten: „die Autobahn kommt, da ist nichts mehr rückgängig zu machen", sind heute anderer Meinung. Zwar hat man die Weitnauer zu Landabgabe überreden können — oft genug, in dem man dem Einen erzählte, der Andere habe bereits verkauft und wenn er jetzt nicht verkaufe, bekomme er später nichts mehr und umgekehrt.

Es wird auf die Stärke des einheimischen Protestes ankommen, ob hier mit der bekannten Salamitaktik doch noch eine Allgäu-Autobahn entsteht oder ob der weitere Bau über Seltmanns, Maierhöfen und Gestraz verhindert werden kann. Die 180 ha landwirtschaftliche Nutzfläche,die allein in der Gemeinde Weitnau zerstört worden sind, werden wahrscheinlich trotzdem verbaut werden. Schildbürgerstreich hin oder her, dieses Teilstück ist im August 78 im Deutschen Bundestag beschlossen worden; somit Gesetz und als solches — so meint der einzige MdB aus dem Allgäu, Dieter Lattmann aus Kempten, kaum mehr rückgängig zu machen.

Kontakt: Eva Wonneberger, Verholz 84 1/2,8999 Maierhöfer



Die Gemeinde Gestraz hat mit Hilfe des Bundes Naturschutz Bayern eine Klage eingeleitet, die sich darauf beruft, daß die Planungen rückgängig gemacht werden müßten, da sich die Grundlagen der Planungen inzwischen geändert haben. Tatsächlich sind die Verkehrszählungen und Hochrechnungen des Verkehrs, die der Planung zugrunde liegen, davon ausgegangen, daß dieses Teilstück eine Ost-West-Verbindung eingegliedert wird und außerdem war der Bau, der inzwischen beschlossenen A 96, die parallel zur A 98 verläuft, damals noch nicht in Sicht.

Unter Umständen wird also das Teilstück Kempten-Weitnau das einzige Stück innerhalb der A 98 bleiben. Es wird sich um Deutschlands höchstgelegene und landschaftlich reizvollste Autobahn handeln, allerdings auch um seine kürzeste!

Zieherei Luisenthal: STAHLARBEITER AUF DRAHT

VÖLKLINGEN
25. März 1979

Transparent am Torhaus der Saardrahtwerke in Völklingen-Luisenthal, das von der Schließung bedroht ist:

WIR WOLLEN KEINE OPFERLÄMMER DER ARBED'S * SEIN !

(* Belgischer Stahlkonzern, seit Jahren groß im Saargebiet eingestiegen)

Die Arbed will sogenannte 'Randaktivitäten' ausgliedern. So soll alles, was mit Draht zu tun hat, der 'Trefil-Arbed' und der Stahlbau 'Mecan-Arbed' unterstellt werden. Zur besseren Übersichtlichkeit, sagt die Arbed, und wohl: um noch mehr zu rationalisieren.

Von dieser arbeitsplatzvernichtenden Politik sind im Moment besonders die 'Saar-Draht-Werke' in Völklingen-Luisenthal betroffen.

Interview mit einem Arbeiter der Saar-Draht-Werke (13.3.79)

Was wird in der nächsten Zeit in den Saar-Draht-Werken Luisenthal so laufen?
So Anfang 1980 wird unser Werk hier zugemacht werden. Dann werden so 180 von uns „freigesetzt", wie das so schön heißt. Die Firma Heckel in Saarbrücken, mittlerweile eine Tochterfirma der ARBED wird dann die Produktion übernehmen.
Habt ihr schon etwas von Sozialplänen oder sowas gehört?
Nein.
Wir habt ihr eigentlich von den Schließungsplänen erfahren?
Wie so üblich gerüchteweise. Wie wir später hören mußten, hat der Betriebsrat schon am 22. März (1978) von der Sauerei gewußt, also schon zwei Wochen, bevor wir Betroffenen es durch Gerüchte erfahren haben.
Habt ihr die Einstellung des Werkes geahnt?
Nein, im Gegenteil. Erst vor ein paar Monaten wurden hier teure Neuinvestitionen gemacht, unter anderem ein Horizontaldrahtzug. Wir sind echt aus den Latschen gekippt, als wir von der geplanten Schließung hörten.
Wie begründet die Firmenleitung diese Maßnahmen?
Um rationell, d. h. konkurrenzfähig produzieren zu können, müßten neue Anlagen her. Dazu würde aber das Gelände fehlen. Die Baustoffirma „Dyckerhoff & Widmann AG" auf dem Nachbargrundstück soll aber angeblich kein Gelände abtreten wollen.



Was hältst du davon?
Alles Unsinn, die Saardrahtwerke besitzen noch einiges an unbebautem Land direkt um das Werk herum – Platz ist da genug, alles nur Ausreden. Und außerdem, Dyckerhoff & Widmann sollen dicht vor dem Konkurs stehen – die entlassen bereits Arbeiter. Deshalb hat D & W schon vor einiger Zeit ihr Gelände der Röchling Burbach Weiterverarbeitung (gehört jetzt der ARBED) zum Kauf angeboten.
Was wollt ihr unternehmen?
Kundgebungen, Streiken oder so.
Wie steht der Betriebsrat dazu?
Als wir Wind von der Sache bekamen, wollten wir Aktionen machen. Aber der Betriebsrat hat gesagt, die Geschäftsleitung sei auf der Leipziger Messe, das würde nichts bringen.
Vielen Dank.

Warnstreik in Luisenthal

Am Morgen des 16. 3. einem Freitag, fand in den Saardrahtwerken in Luisentahal ein Warnstreik statt. Altmeyer und Tauch, erster und zweiter Spartenchef der Röchling Burbach Weiterverarbeitung wurden vom Btriebsrat telephonisch aus den Betten geworfen. Sie sollten zu den geplanten Entlassungen Stellung beziehen. Altmeyer ließ sich erst dann zum Kommen bewegen, als man mit ‚Schlimmerem' drohte. Das heißt, die Belegschaft hätte die Schranken des Eisenbahnüberganges über die Hauptverkehrsstraße geschlossen und so den dichten Berufsverkehr blockiert. Radio, Fernsehen und Zeitungen hätten dafür gesorgt, daß viele Leute von der Schließung erfahren hätten. Man hätte auf die Politiker Druck ausüben können. Die beiden schwätzten aber nur von drei geheimen Plänen, nichts sei entschieden. Wie erwartet, behielten sie ihr Wissen für sich. Mit dem vagen Versprechen, von den 180 Betroffenen würden vielleicht 60 „fachlich qualifizierte Arbeitskräfte" von Heckel übernommen, wollten sie die Belegschaft spalten. Wegen dieses Geschwätzes war die gesamte Belegschaft der Saarwerke auf den Beinen, selbst die Nachtschicht war dageblieben.

Lügt Betiebsrat Baltes?

Am Montag den 19. 3. 79 rief ein Korrespondent der „Tageszeitung" den Betriebsrat der Röchling Burbach Weiterverarbeitung an. Baltes war am Telefon. Baltes ist der Betriebsrat bei der Weiterverarbeitung. Unglaublich, was Baltes erzählte: „Es wird keine einzige Entlassung geben. Es werden nur mit Heckel Verhandlungen über eventuelle Produktionsverlagerungen geführt."
Dies ist nach allem, was bisher bekannt wurde, eine glatte Lüge. Baltes will damit offenbar den Betiebsfrieden erhalten.
Bereits im Oktober 1977 hat Baltes behauptet, Entlassungen seien ein pures Gerücht. Ein paar Tage später wurde bekannt gegeben, daß 3500 Arbieter „freigesetzt würden".
Quizfrage: Steht Baltes auf der Arbeiter- oder Unternehmerseite?
Das Interview und die Informationen stammen aus der „Wespe" einer Flugblattzeitung der Sozialistischen Basisgruppe Völklingen, Dillingerstraße 1, Tel.:
Kontakt: Paul Herrig, 662 Völklingen, Dillingerstr. 1, Tel.: 0 68 98 / 2 46 27

HARALD BIEHAL IST IN HAFT, WEIL ER SICH FÜR DIE ABSCHAFFUNG DER ISOLATIONSHAFT EINGESETZT HAT

AUGSBURG 1. April Seit November 1978 ist Harald Biehal aus Wiesloch (bei Heidelberg) in Untersuchungshaft.
Die Bundesanwaltschaft und der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, Kuhn, verdächtigen ihn der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung". Der Grund

ist: Harald hat sich seit Jahren in der Öffentlichkeit für die Abschaffung der Isolationshaft der politischen Gefangenen eingesetzt. Der Vorwand für die Verhaftung ist die Behauptung, Harald habe für die RAF das Grundstück des Vorstandsvorsitzenden der Mannesmann AG, Overbeck, in Düsseldorf "ausgespäht". Obwohl dieser Vorwand längst widerlegt ist (Haralds Eltern hatten mit ihm am fraglichen Tag in Wiesloch telephoniert), bleibt Harald weiter in Haft: er habe Kontakt zur Verwandten eines politischen Gefangenen, habe an der Besetzung der deutschen Zentrale von Amnesty International (Dezember 74) teilgenommen, außerdem sei ein Brief Croissants in seiner Wohnung gefunden worden. Dies alles – so Ermittlungsrichter Kuhn – zeige, daß sich Harald "in auffälliger Weise um Personen gekümmert habe, die dem Bereich terroristischer Kriminalität zugerechnet werden müssen", so daß auch Harald gegenüber der "Verdacht" bestehe, "diesem Personenkreis nahezustehen". Dies, so Kuhn, rechtfertige die Aufrechterhaltung des Haftbefehls.

Harald ist in der JVA Augsburg. Er ist, nachdem er monatelang von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen war, jetzt im Normalvollzug. In Augsburg ist – ähnlich wie in Celle und Bruchsal – ein "Sicherheitstrakt" errichtet worden. Kürzlich wurde Harald – ohne Begründung – in eine dieser Zellen verlegt und wieder von den Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. Die Zelle ist ringsum mit Stahlbeton verkleidet, vor dem Fenster ist eine Sichtblende, nachts brennt direkt über dem Kopfteil der Liege eine grelle, bläuliche Birne.
Ein Gefängnisbeamter sagte zu Harald bei seiner Verlegung in diese Zelle: "Jetzt machen wir das übers Wochenende, dann sehen wir weiter". Inzwischen ist Harald in die alte Zelle zurückverlegt. Die Drohung, ihn wieder zu isolieren, bleibt bestehen.

Verteidigt wird Harald von RA Frank Harder, Mittelstr. 68, 68 Mannheim.
Briefe und Besuchsanträge sind zu richten an: Ermittlungsrichter am BGH, Kuhn, Herrenstr. 45 a, 75 Karlsruhe.

WERNER IVENS FREIGESPROCHEN

TÜBINGEN
3. APRIL

Von der Werner-Ivens-Unterstützungsgruppe:

Werner Ivens wurde am 18. 10. 78 verhaftet und saß bis zu Prozeßbeginn in U-Haft in Stammheim. Es wurde ihm vorgeworfen, sich 1972 in einer Tübinger Wohnung mit Andreas Baader und Gudrun Ensslin getroffen zu haben, um ihnen chemisch-technische Details zur Sprengstoffherstellung wie z. B. Pläne für den Bau eines Nitrierkessels zur Verfügung zu stellen.
Am 31. 1. 79 begann Werners Prozeß mit der Anklage der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung und Vorbereitung einer strafbaren Handlung, die durch Sprengstoff begangen werden sollte. Wichtigste Zeugen waren die Tübinger Wohnungsinhaberin und der berühmt-berüchtigte BKA-Zeuge Gerhard Müller. Der Prozeß dauerte 6 Tage lang und am 20. 2. 79 wurde Werner Ivens wegen mangelnder Beweise trotz der belastenden Aussage des BKA-Zeugen Müller freigesprochen.

Dies in Kürze über den Prozeß gegen Werner. Es war uns nicht möglich die Vielfältigkeit des Prozeßverlaufs ID-gerecht wiederzugeben. Wir bereiten daher im Moment für alle, die Interesse am genauen Prozeßgeschehen haben, eine Dokumentation vor, die gegen Entgeld so in drei Wochen unter folgender Adresse erhältlich ist:

Werner-Ivens-Unterstützungsgruppe, c/o Politischer Buchladen, Nauklerstraße 20, 74 Tübingen.

AUS DEUTSCHEN KNÄSTEN
Briefe und Anderes

Von Schwalmstadt nach Butzbach

Butzbach, Ende März

Liebe Zeitgenossen,
mittels einer Blitzaktion der Justiz wurde ich vollkommen ahnungslos von Schwalmstadt in die JVA Butzbach verlegt. Natürlich hatte ich vorher noch großen Trouble, denn gestern gegen 10 h bekam ich einen Durchsuchungsbeschluß ausgehändigt, und dann wurde ich gefilzt und anschließend meine Zelle. Laut Beschluß war man auf der Suche nach angeblichen Notizen und Aufzeichnungen von mir. Durchgeführt wurde die Aktion von drei Zivilisten und gefunden bzw. mitgenommen hat man anscheinend nichts. Außerdem besitze ich grundsätzlich keine Dinge, die man sucht. Während der Zellenfilzerei wurde ich in den Fernsehraum der Station A III gesperrt. Man gab mir nur ganz knappe Auskünfte nachher, verantwortlich für die Durchsuchung ist der Staatsanwalt Welz aus Marburg, der auch die Ermittlungen von Schneiders Anzeige (Az: 2 Js 1527/79) wegen der angeblichen Beleidigung gegen mich führt. Remember: ID 270! Das Az auf dem Durchsuchungsbeshcluß ist ebenfalls dasselbe, merkwürd.g, was? Link war/ist, daß man mir gestern 5 Minuten nach dem Besuch eröffnet hat, daß ich in die JVA Butzbach verlegt werde. Man liebt anscheinend bei der Justiz die „Überraschung" oder schlechte „Scherze"! Konnte also meinen Eltern nur 'ne kurze Karte zur Information schreiben und den Rechtsanwalt ein paar Zeilen plus den Durchsuchungsbeschluß.
Hier in Butzbach hat man mir noch die 3 Ausgaben des ID auf der Kammer abgenommen, die ich in den letzten neun Wochen in Schwalmstadt ausgehändigt bekam, ebenfall einige Bücher.
„Bekanntschaft" mit dem Sicherheitsinspektor habe ich auch gleich gemacht! Meine Gefangenenakte ist noch nicht hier, da sie beim OLG oder der Strafvollzugskammer sein muß, allerdings ist er auch so über meine Notakte ausgeflippt. So'ne dicke Notakte hat der noch nie gesehen und das liefe hier nicht, wegen jeder Sache 'ne Beschwerde schreiben. Ich sage ihnen: „Wenn bei Beschwerden die Akte weg ist, läuft für sie hier gar nichts, weder Einkauf noch sonst was"!
Gut, soviel von der Repressionsfront, der Kampf und Krampf geht weiter . . .
Durchblick für alle! Und Freiheit . . . Logo!!!

Bernd Möhle, Kleebergstr. 23, 6308 Butzbach



– „. . . WIEDER EIN SCHRITT INS MITTELALTER“

Berlin, Tegel, 27. März

„Nach langer Zeit bin ich der erste Gefangene, der aus der sozialtherapeutischen Anstalt der JVA Tegel, Haus IV, eine Arreststrafe antreten muß.

Für die sozialtherapeutische Anstalt ist das wieder ein Schritt ins Mittelalter, da seit dem 6. 3. 79 wieder die Folterstrafe eingeführt worden ist.

Denn für jeden Gefangenen, der mal in so einer Arrestzelle gesessen hat, ist es klar, daß die Arreststrafe nicht nur als Strafe und Absonderung dienen soll, sondern vor allem, um den jeweiligen Arrestler zu zerbrechen, damit er nicht mehr psychisch fähig ist, sich gegen das Gefängnissystem, mit all seinen Verbrechen, zu wehren. Da schon viele Grausamkeiten aus den Gefängnissen zu euch nach draußen gedrungen sind, führt es zu nichts, wenn ich euch noch mehr davon berichte, zumal es für mich als gefangener Mensch sehr schwer ist, euch auch nur in etwa zu schildern, was man alles für Qualen in solche einer Arrestzelle (Folterzelle) auf sich nehmen muß.

Als Abfall dieser Gesellschaft, als Gefangener dieser Gesellschaft ist es sehr schwer, wenn nicht sogar unmöglich, etwas gegen diese Grausamkeiten zu unternehmen. Für euch da draußen wird es zwar auch sehr schwer sein, aber nicht unmöglich, was gegen dieses Grausamkeiten, den wir Gefangenen in den Gefängnissen ausgesetzt sind, zu unternehmen.

Ich fordere: Macht endlich schluß mit den ewigen Grausamkeiten in den Gefängnissen. Macht endlich Schluß mit den Aussonderungsmaschinen. Macht endlich schluß mit allem, was uns Menschen kaputt macht.

Unterstützt mit allen Mitteln den Abfall dieses Systems.

Karl-Heinz Rhenisch, Gef. Nr. 1569/78, Seidelstr. 39
1000 Berlin 27

– „. . . EIN STUHL FÜR ZWEI MANN“

Heidelberg, 21. März

„Als ich vorigen Monat in den Heidelberger Knast kam, mußte ich die erste Nacht, angeblich wegen Überbelegung, in einer Arrestzelle verbringen, in der lediglich drei vergammelte Matratzen übereinander lagen. Das war das ganze 'Mobiliar'.

Am nächsten Tag Einzelzelle, aber nicht allein! Die Doppelzellen entstanden, indem man einfach noch einen Bettkasten in die Einzelzelle stellte. Ein Stuhl für zwei Mann etc. Davon abgesehen würde ein zweiter Stuhl bloß Platzprobleme schaffen. Und selbst auf dem Klo ist man nicht allein oder unbeobachtet. Mangels Platz müssen die Klamotten in oder unterm Bett deponiert werden usw. Die Zustände hier sind also wirklich katastrophal. Das ganze Gelaber über den Vollzug der U-Haft kann man getrost vergessen, wenn man hier war.“

Klaus Schade, JVA Heidelberg

– „ICH HABE NUN HIER GEKÜNDIGT“

Butzbach, 28. März

Liebe Genossen!

Die Bestätigung meines Schreibens über Idi Liebmann konnten wir heute im ID nachlesen. (ID 274, Allein zum Baden) Ganz sauber sind die ja sowieso nicht. Ein ähnliches an die Rote Hilfe wurde deswegen angehalten. Ich hätte den AI als Wahnsinnsleiter tituliert, grobe Beleidigungen geschrieben, entstellende Anstaltsverhältnisse gebracht. Und wahrheitswidrig behauptet, daß „Wärter“ für die Gefangenen in der Anstalt Gegenstände schmuggeln. Dann noch ein Dieb unter lauter Kollegen . . .

Bratpfannen, Kochplatten, Tauchsieder; sind ja im Endeffekt mindestens die Bratpfanne und die Kochplatte nicht erlaubt. Die Raub- und Lustmörder haben eine . . . ich will die auch haben oder diese Vergünstigungen, welche ja gar keine sind. Anzeigen wegen Duldung, Begünstigung im Amt sind noch anhängig.

Wenn unsereins sich beschwert, ist dieses immer willkürlich wie unbegründet. Wir haben ja drei 'Idis': Winchenbach, Hoffmann, Neumann . . .

Für mich ist der mittlere Doofmann zuständig. Der lehnt ja alles ab. Ferner läßt mein Verhalten in der Anstalt auf Haß gegenüber den Bediensteten der Anstalt und starken Verdruß gegenüber dem Strafvollzug insgesamt schließen; seiner Überzeugung nach eine erhöhte Gefahr eines Urlaubsmißbrauchs... dann ja, Bravo . . . Ich hab denn dem Mr. Doofmann geschrieben, daß ich seinen perversen Schrieb der Willkür dankend erhalten habe. Schriftstellerische Talente, Fähigkeiten und menschliche Qualitäten würde er tatsächlich nicht besitzen. Er möge weiterhin tendenziös und einseitig verbleiben.

Ich habe nun hier gekündigt. Die Hausverwaltung ist nun mal dagegen. Ich will in ein anderes Land. Da hier ja mittelalterliche Zustände herrschen, möchte ich in ein fortschrittliches Land..."

Hans-Jürgen Schmitz, Postfach 320, 6308 Butzbach.

OHNE URLAUB KEINE ÄRZTLICHE BEHANDLUNG

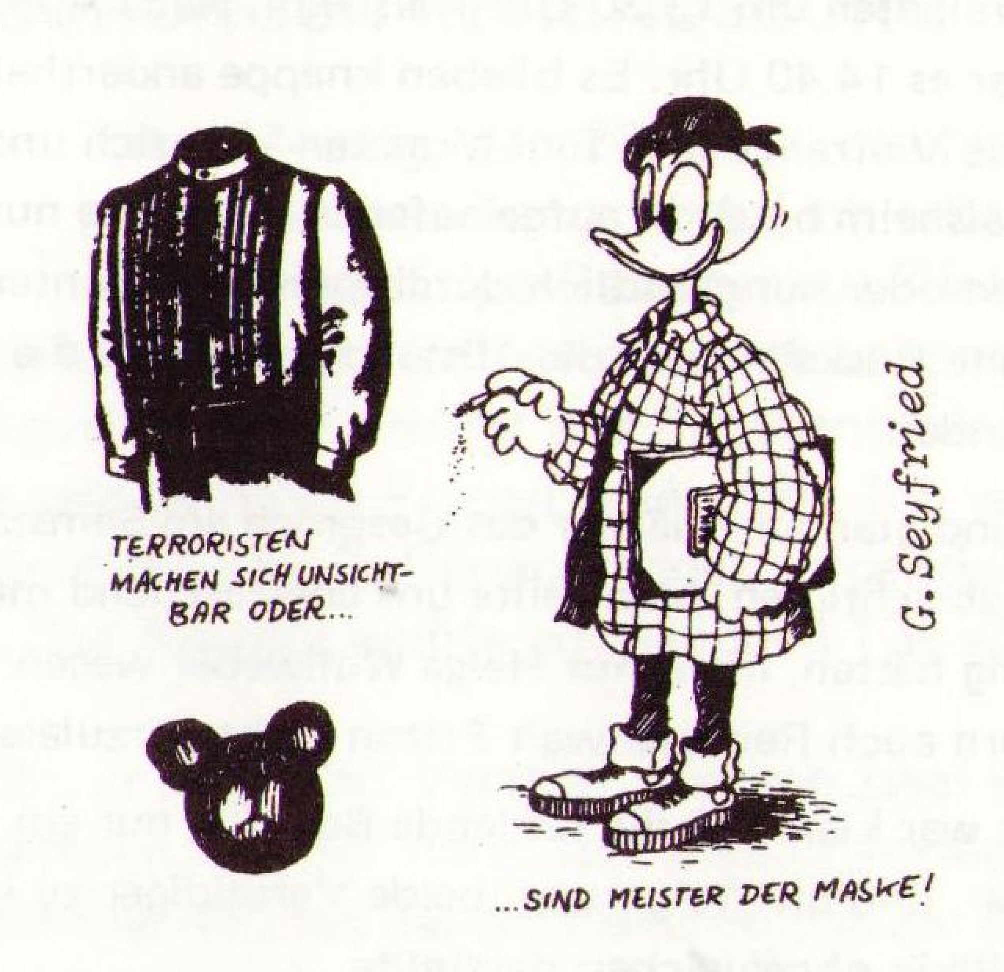
MANNHEIM 28. März '79 *Aus einem Rundschreiben, das der Gefangene Günther Stolz aus der Zelle 4435 der JVA Mannheim an die Gefängnisleitung, den Anstaltsarzt und einen Richter an der Strafkammer des Landgerichts Mannheim geschickt hat:*

Günther Stolz wird von der Knastleitung der Urlaub verwehrt, und das nicht nur, weil er einmal aus Protest zwei Stunden zu spät in den Knast zurückgekommen ist. Für ihn ist der Urlaub deshalb so wichtig, weil er wegen eines Sprachfehlers („Ich wurde in der JVA Kempten mißhandelt und habe seither einen Sprachfehler") in logopädischer und psychologischer Behandlung ist. Wegen dieser und weiterer Schikanen kündigt Günther Stolz einen „Hunger- und Durststreik ohne festgesetzte Beendigung" an.

BEIM „RAPPORT"
HÄFTLING NR. 456/78 BERICHTET

KAISHEIM 25. Januar Häftling: „Warum bekomme ich meine Bücher nicht ausgehändigt?" — Regierungsrat Holleck, Abteilungsleiter: „Wir werden es nicht zulassen, daß unser Staat beschmutzt wird." — Peter Paul Zahl: „Alle Türen offen", Gedichte. — Karl-Heinz Roth: „Die ‚andere' Arbeiterbewegung", SCHMUTZWERKE? ? — Häftling: „Wie ist das mit der Tatsache zu vereinbaren, daß die Gefängnisbücherei voller faschistischer Literatur ist?" — Regierungsrat Holleck: „In unserer Bücherei gibt es keine faschistischen Bücher." — Bücherliste von der JVA Kaisheim: „Bestell-Nr. T 69: Klöss, Reden des Führers A. Hitler" — „Bestell-Nr. 3256: Zentner, komment. Ausgabe ‚Mein Kampf'" — KEINE FASCHISTISCHEN BÜCHER? ?

Eberhard Dreher, der im Knast Kaisheim (8851), Abteistrasse 10 sitzt, bekommt den ID nicht, denn es gibt dort seit Jahren (wie er schreibt) einen Generalbeschlagnahmebeschluß gegen den ID.



ERKLÄRUNG DER VERTEIDIGER VON EBERHARD DREHER

Betr.: Kontaktsperre für Eberhard Dreher, Gefangener in der bayerischen Justizvollzugsanstalt Kaisheim, „Bayern härtestem Gefängnis".
Kontaktsperre für Eberhard Dreher, angeordnet durch den Regierungsrat z. A. Holleck, Abteilungsleiter in der JVA Kaisheim!

Unser Mandant Eberhard Dreher wurde im März 1977 nach zweijähriger Untersuchungshaft zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, weil er der „Bewegung 2. Juni" bei undefinierten Ladetätigkeiten geholfen und ein Auto für diese bereitgehalten haben soll. Im Herbst 1978 wurde er zur „Entlastung" der Untersuchungshaftanstalt Moabit nach Kaisheim bei Donauwörth in Bayern verlegt.

Am Samstag, 24.2.79, beabsichtigten wir, seine Verteidiger Rechtsanwälting Wullweber und Rechtsanwalt Friton, ihn zu einem Verteidigergespräch zu besuchen. Bereits am 20.2. teilte Rechtsanwältin Wullweber dies dem Regierungsrat z.A. Holleck mit, obgleich diese Ankündigung des Besuches bereits überflüssig gewesen wäre. Im Rahmen der üblichen Sprechzeiten hat der Verteidiger das Recht, jederzeit und ohne vorherige Ankündigung oder gar Erlaubnis seinen gefangenen Mandanten zu besuchen.

Anders Holleck: Der Wahrheit zuwider behauptete er zunächst, ein Besuch am Samstag sei gar nicht möglich, weil an diesem Tage keine Sprechzeiten seien. Richtig ist, wie wir von unserem Mandanten wußten und auch von einem Beamten der JVA Kaisheim bestätigt erhielten, daß an Samstagen sowohl vormittags als auch nachmittags Sprechzeiten für Besucher und Anwälte sind.

Darauf angesprochen, erläuterte Regierungsrat Holleck, daß aber dem Besuch von Helga Wullweber an Samstagen unüberwindliche organisatorische Schwierigkeiten entgegenstünden, weil er - und dies gelte auch für Freitag, 23.2.79 - keine Beamtinnen habe, die sie kontrollieren könnten.

Nach einem Anruf bei dem bayerischen Staatsministerium für Justiz standen dann plötzlich Beamtinnen für Freitag zur Verfügung. Wir fuhren Freitagmorgen aus Berlin ab, um wenigstens zur Nachmittagssprechzeit ein Gespräch mit unserem Mandanten haben zu können - in der Hoffnung, daß die Begründung, die keine sein konnte: nicht vorhandene Beamtin, um Helga Wullweber am Samstag zu kontrollieren, nicht aufrechterhalten würde. Mandantenbesuche mit einer Fahrtstrecke von 1.500 Kilometern erfordern bei ohnehin ausgelasteten Anwälten die Einbeziehung des Wochenendes und setzen zudem voraus, daß auch der Freitag terminlos bleibt.

Wir erreichten um 13.30 Uhr Kaisheim. Nach Absolvierung der Kontrollen war es 14.40 Uhr. Es blieben knappe anderthalb Stunden, in denen wir die Vielzahl der in fünf Monaten - die sich unser Mandant bereits in Kaisheim befand - aufgelaufenen Probleme nur anreißen, nicht aber klären oder nur gründlich durchsprechen konnten. Um 16 Uhr wurde ohne Rücksicht auf die 10stündige Anreise die Sprechstunde rigoros beendet.

Wir kündigten an, daß wir das Gespräch am Samstagmorgen fortzusetzen beabsichtigten. Man teilte uns überraschend mit, daß die Beamten Anweisung hätten, nicht nur Helga Wullweber wegen der fehlenden Beamtin sondern auch Rechtsanwalt Friton nicht vorzulassen.

Damit war klar, daß die fehlende Beamtin nur ein vorgeschobener Grund war, und die Weigerung, beide Verteidiger zu ihrem Mandanten zu lassen, Willkür ohnegleichen darstellte.

Eine Willkür, die kraß dem recht eines Inhaftierten auf - im Rahmen der Sprechzeiten - jederzeitigem Verkehr mit seinem Verteidiger zuwiderläuft. Doch scheint man zumindest in Kaisheim die gesetzliche Regelung nicht zu kennen.



(In auffallender Analogie hierzu hatte der nicht mehr in der JVA Kaisheim wirkende Regierungsrat Wilke im Herbst 1978 gegenüber Rechtsanwältin Wullweber erklärt, bei Gefangenen, bei denen der Schriftverkehr mit den Verteidigern überwacht werde, müsse selbstverständlich auch der mündliche Verkehr überwacht werden, weil sonst das erstere keinen Sinn habe! Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Wilke ist immer noch nicht beschieden worden. Es ist insbesondere noch nicht geklärt, ob die JVA Abhörgeräte in der Sondersprechzelle mit Trennscheiben für ihre zwei Gefangenen, die wegen Unterstützung von unter § 129 StGB subsumierten Vereinigungen, RAF und „Bewegung 2. Juni", angeklagt und verurteilt wurden, nämlich Dreher und Rolf Pohle, installiert hat.

Unser M andant wurde nach Kaisheim verlegt, weil die Unsuchungshaftanstalt Moabit in Berlin aufgrund der Vielzahl von Gefangenen, die politisch motivierte Straftaten begangen haben sollen, personell mit deren Sonderbehandlung überfordert sei.

In Kaisheim gab es bis zur Verlegung unseres Mandanten in das zur Strafanstalt umfunktionierte Kloster nur einen einzigen, den Rolf Pohle. Die JVA Kaisheim hat nicht nur ihren personellen Spielraum bei der Organisierung der Überwachung ihrer beiden politischen Gefangenen ausgeschöpft, sondern sich auch mit dem nahezu letzten Stand der Technik ausstaffiert. Neben dem Bewacher unseres Mandanten und dem diesem Bewacher zugeordneten unter- und übergeordneten Beamten, hat Kaisheim mehr Kontrollapparaturen für Besucher als Moabit:

Wir, die Verteidiger durchschritten am 23.2. eine frei im Raum stehende, einem Türrahmen vergelichbare Schleuse, die uns, wie uns erläutert wurde, nach Metallteilen oder Waffen kontrollierte. Wir wurden sodann mittels einer tragbaren Metallsonde wiederum abgetastet. Es hatte allerdings den Anschein, daß der Umgang mit diesem technischen Gerät den Beamtinnen nicht geläufig war. Bekanntermaßen funktioniert die Sonde so, daß sie fiept, wenn metallene Gegenstände, z.B. ein Reißverschluß, sich an der Kleidung des zu Kontrollierenden befinden. Bei der Einstellung des Geräts durch die Beamtinnen fiepte es bereits in der Luft.

Helga Wullwebers Hinweis, daß das Gerät nicht richtig eingestellt sei, wurde von den Beamtinnen beantwortet:

„Doch, daß muß so sein." Folgerichtig fiepte das Gerät ununterbrochen als sie mit dem Gerät um sie herum, im übrigen ohne selbst den Stoff ihrer Kleidung zu berühren, die Luft zerschnitten. Da nach Ansicht der Beamtinnen das Fiepen sein mußte, war damit die zweite Kontrolle auf Waffen oder Metallteile beendet.

Ferner befanden sich in diesem Kontrollraum ein Röntgenkasten, in welchem die mitgeführten Gegegnstände durchleuchtet wurden, wie Handtasche und Akten.

Nichtsdestotrotz wurden von den Beamten anschließend per Hand und viel Spucke alle mitgeführten Akten einzeln durchgeblättert - dies stehe so in ihren Vorschriften. Und am Ende wurde Rechtsanwältin Wullweber verwehrt, ihre durchleuchtete leere Aktentasche zwecks Beförderung ihrer Unterlagen mit in die Sprechzelle zu nehmen, in der sie die Trennscheibe vom Mandanten abtrennt - mit der Begründung, im Taschenfutter könnte eine Zeitbombe verborgen sein.

Mit den von den Beamten zitierten Bestimmungen hat es sicherlich seine Richtigkeit. Sie dürften anschaulicher Beweis für den Konservativismus und Perfektionismus zumindest in Kaisheim sein.

- Der Perfektionismus führt zur fortlaufenden Ergänzung der Vorschriften in Verbindung mit der Beschaffung der neuesten technischen Apparaturen;

- der Konservativismus bewirkt, daß man sich von eigentlich überholten, doch altbekannten Vorschriften nicht trennt.

Die Absurdität des Sammelsuriums der Kaisheimer Vorschriften mag auf Besucher wie ein Albtraum wirken - irreal, unglaubhaft -, ist man wieder auf der Landstraße dieses reizenden bayerischen Landstrichs, gerät man in die Gefahr zu glauben, man habe geträumt. Für den Gefangenen, der Tag für Tag mit diesem Widersinn konfrontiert ist, und der dazu noch von Gesprächspartnern abgeschnitten ist, stellt dies eine Tortur dar, die Irrsinn zu produzieren geeignet ist!

Am 24.2. fuhren wir im Vertrauen auf die Gültigkeit der Strafprozeßordnung von München nochmals nach Kaisheim. Wir glaubten, daß Rechtsanwalt Friton, für den die behauptete fehlende Beamtin nicht galt, doch hineingelassen werde. Immerhin hatten wir den Besuch am Vortag auch angekündigt.

Wir dachten nicht, das Regierungsrat Holleck mit zu vermutenden vorhandenen juristischen Kenntnissen es wagen würde, sich derartig ins

Unrecht zu setzen und willkürlich auch Friton das Verteidigergespräch zu verweigern.

Und doch war es so. Wir trafen nur auf Beamte, die ihre Anweisungen hatten, denen zu grollen nur eine Verschwendung von Emotionen bedeutet hätte, weil sie eben ihre Pflicht taten und sich an erteilte Weisungen hielten. Den zuständigen Abteilungsleiter Holleck störten wir zwar per Telefon in seiner Samstagsvormittagsruhe auf - dieser ließ sich jedoch nicht beirren. Den eigentlichen Anstaltsleiter - Gefängnisdirektor Ruderisch - ausfindig zu machen, war nicht möglich. Selbst die in der JVA anwesenden Beamten wußten - so sagten sie - nicht einmal in welchem Ort er wohnt, geschweige denn seine Telefonnummer.

Wir verließen die

„Perle an der Romantischen Straße, das bedeutendste Bauwerk in Bayerisch-Schwaben, der höchste Punkt der umliegenden Landschaft, von weitem zu sehen - das ist Kaisheim. Einst Kloster der Zisterzienser, heute Bayerns härtestes Gefängnis. Eine Abschiebeanstalt .. (u.a.) für psychopathische Häftlinge..." (Allgemeine Zeitung, München, 9./10. September 78)

und fuhren zurück nach Berlin.

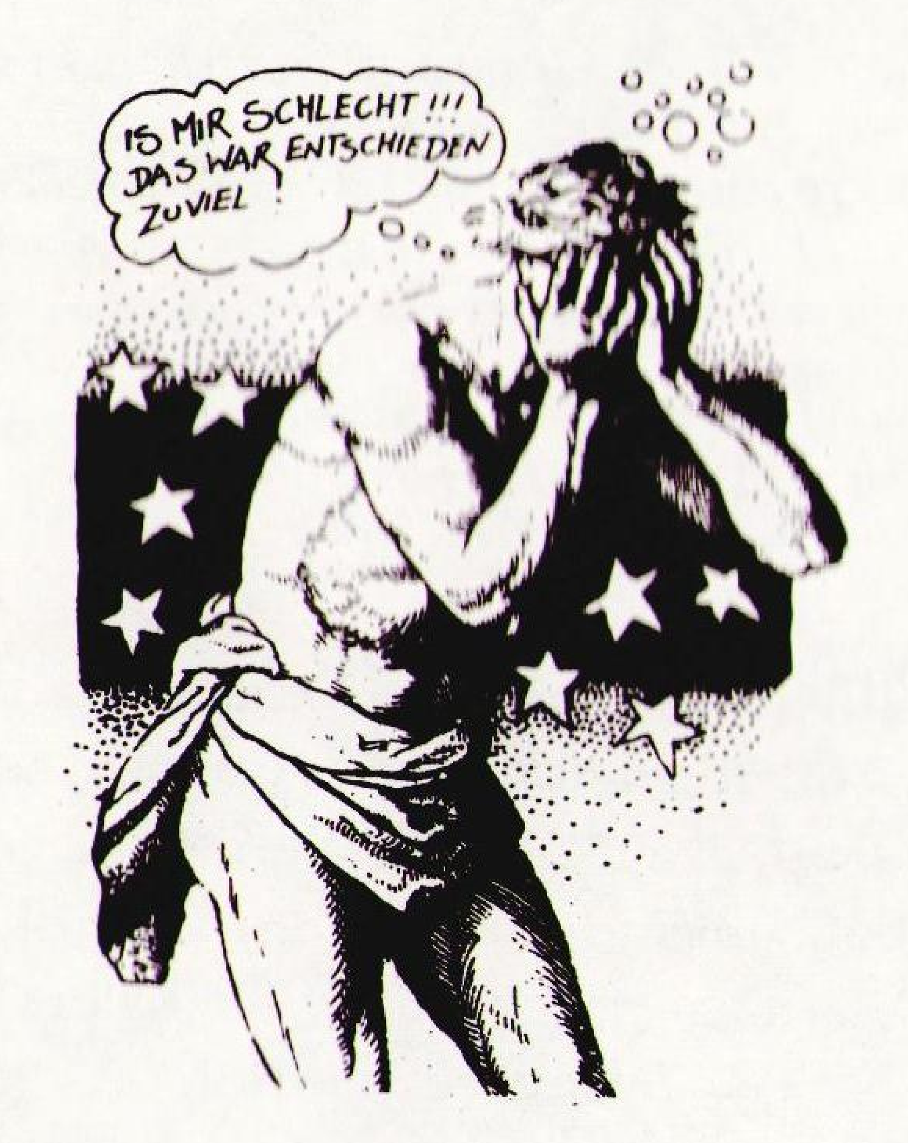
Unser Mandant Eberhard Dreher aber wartete vergeblich auf den angekündigten Besuch, blieb dem Widersinn der JVA Kaisheim ausgeliefert, der Willkür ihrer Vorschriften.

Um Verteidigerbesuche von der Einwilligung und Billigung staatlicher Instanzen abhängig zu machen, braucht man nur Personal einzusparen und Beamte wie den Regierungsrat zur Anstellung Holleck, für die nur das Mögliche rechtens ist, für die die Knappheit der (personellen) Mittel zur Verknappung der verbürgten Rechte berechtigt, für die also Mittellosigkeit gleich Rechtlosigkeit ist.

Die rechtsgrundlose Verweigerung des gebotenen Verteidigerbesuchs ist nicht nur Behinderung sondern Verhinderung des Verkehrs zwischen Häftling und Verteidiger. Durch willkürliche Anordnung der Gefängnisverwaltung wird damit § 148 StPO außer Funktion gesetzt, ohne daß eine Rechtsgrundlage für diesen massiven Eingriff auch nur behauptet wird. Sollte dies in Bayern rechtens sein, so versteht man nicht, warum es des Kontaktsperregesetzes bedurfte.

Wenn der pauschale Hinweis auf organisatorische Schwierigkeiten ausreicht, um den Verteidigerkontakt zu unterbinden, so kann zu jeder beliebigen Zeit - ohne daß es des umständlichen Verfahrens nach dem Kontaktsperregesetz bedarf, der Verteidigerbesuch und auch alle anderen Besuche durch willkürliche Einzelanweisung verhindert werden. Solange aber das Kontaktsperregesetz selbst noch als rechtsstaatlich recht fragwürdig gilt, solange muß die Verhaltensweise der Verantwortlichen in der Vollzugsanstalt Kaisheim als in grober Weise rechtswidrig nur auf grenzenloses Unverständnis stoßen.

Kontakt: RA Wullweber, Müllerstr. 144, 1000 Berlin 65, Tel.: 030/4611014/5



BERICHT ÜBER DIE JÜNGSTEN HAUSDURCHSUCHUNGEN IN RENDSBURG

RENDSBURG 26.3.79

Am Montag, den 26. März, erschien in der Buchhandlung, in der ich arbeite, ein ziviler Kripo-Beamter aus Kiel. Er wollte wissen, ob ich bereit wäre, in einer noch schwebenden Ermittlungssache gegen mich (Verdacht auf Brandanschlag) erneut auszusagen. Es würden noch Fragen offen sein. Ich war nicht bereit, ohne Kenntnis der "offenen Fragen" irgendeine Auskunft zu geben. Der Beamte wollte am gleichen Tag wiederkommen.

Gegen Mittag erschien er dann mit Verstärkung von zwei weiteren Kieler Kripo-Beamten, die mir noch von meiner vorläufigen Verhaftung im September letzten Jahres bekannt waren. Die Beamten präsentierten jedoch statt 'Fragen' einen Durchsuchungsbeschluß für die Buchhandlung, meine Wohnung und meinen PKW. Begründet wurde das mit "Verdacht der versuchten Vollstreckungsvereitelung". Außerdem sieht der Beschluß die Durchsuchung meiner Kontounterlagen bei der Bundespost und der hiesigen Sparkasse vor. Beide Nummern wurden von mir auf einem Flugblatt angegeben, welches einen offenen Brief des bis vor kurzem untergetauchten und seit ca. einer Woche wieder inhaftierten Borvil Wulf zum Inhalt hatte. Ferner rief ich in dem Flugblatt zur Solidarität und Unterstützung von Borvin und seiner Familie auf. Unterzeichnet war es mit VIsdP: Borvin Wulf Unterstützergruppe, c/o Fritz Tonn, Fockbeker Chaussee 25, Rendsburg.

Bei den Durchsuchungen wurden die restlichen ca. 100 Flugblätter beschlagnahmt, außerdem ein Bücherpaket, welches von mir an Borvin in den Knast geschickt wurde und wegen fehlender Genehmigung (da Borvin als 'Terrorist' eingestuft wird und Sonderhaftbedingungen unterliegt) wieder zurückkam. Ferner fanden die Beamten, deren Zahl sich in meiner Wohnung auf sechs erhöhte, einen Brief von Borvin vom Februar, den er aus "irgendwo" schrieb. In dem Brief schildert er seine derzeitige Situation im Untergrund, seine Gefühle und Gedanken zu dem Unterstützerflugblatt, welches er irgendwo in die Hände bekam.

Ich kenne Borvin aus der Anti-AKW-Bewegung und ich kenne seine Erklärung, in der er seine politisch-soziale Entwicklung schildert. Das hat mich seinerzeit ungeheuer beeindruckt. Borvin ist einer von uns, das war auch die Überschrift meines Flugblattes, das ist bis heute Grund für mich, alles zu tun, um ihn, seine Familie und seine Freunde zu unterstützen und um über seinen 'Fall' zu informieren. Während meiner Zeit im Knast habe ich erfahren, wie wichtig *praktische* Solidarität ist, vor allem, weil mensch raus ist aus den bisherigen Lebens- und Arbeitszusammenhängen. Borvin hat bereits während seiner Haft siebzehn Monate in Isolation verbracht, er wurde krank, und schließlich als haftunfähig vorübergehend entlassen. Bis heute ist Borvin nicht völlig gesund geworden; der drohenden erneuten Einkerkerung entzog er sich durch die Flucht in die Illegalität. In einem offenen Brief begründete er diesen Schritt ausführlich (siehe ID Nr. 266). Für Borvin steht fest, daß die Freiheit des Menschen wichtigstes Gut ist. Seit ca. einer Woche ist Borvin erneut in (Isolations-) Haft.

Fritz

Kontakt für Informationen: Fritz Tonn, Fockbeker Chaussee 25, 2370 Rendsburg.
(Gegen einen Din-A 4 Umschlag kann ich Euch die Broschüre zu Borvin Wulf zuschicken!)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 276 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

4400 E 281 !?! 1
UTE LAMPING
HORNERSTR. 17
D-2800 BREMEN 1

Achtung 'iebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/704 352

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Richard Herding

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 - für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**